

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

66. Sitzung
5. März 2026

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.01 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0404](#)
Neuausrichtung des Referendariats in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0390](#)
**Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und
Qualitätsentwicklung (BLiQ): Ausbaustand und
nächste Schritte, insbesondere bei der geplanten
Reform des Referendariats**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0403](#)
**Ausbildung statt Ausbeutung: Wie gelingt die
Reform der Lehramtsausbildung ohne
Qualitätsverlust und wie steht es um das Berliner
Landesinstitut für Qualifizierung und
Qualitätsentwicklung (BLiQ)?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0295](#)
**Überarbeitung der VV Zumessungsrichtlinie – wie
geht es weiter?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0308](#)
**Neue Zumessungsrichtlinien: Kürzt der Senat bei
den besonders herausgeforderten Schulen?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.03.2025

Vorab ergehen folgende Hinweise: Zu den Punkten 3 a, 3 b und 3 c führen wir eine Anhörung durch. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist der Fall. Dann können wir so verfahren.

Die Punkte 3 d und 3 e standen bereits in Verbindung mit einer Anhörung der 52. Sitzung am 20. März 2025 auf der Tagesordnung und wurden zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt. Dieses Wortprotokoll liegt nun heute vor und kann dann auch ausgewertet werden.

Dann darf ich die Anzuhörenden zu den Punkten 3 a bis 3 c begrüßen: Herrn Lennart Dürheide, Lehramtsstudent an der Humboldt-Universität zu Berlin, Frau Nele Hoffschmidt, Leiterin des Vorstandsbereichs Hochschulen und Lehrerinnenbildung, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin – GEW Berlin–, Frau Lilith Vollmerhaus, stellvertretende Vorsitzende, Personalrat der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter – PR Landesamt – und Herrn Jörg Ziegenhagen, Sektionssprecher S, Bundesarbeitskreis Lehrerbildung Landesverband Berlin e. V. – bak –. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Dann kommen wir nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a durch die Koalitionsfraktionen. – Herr Kollege Hopp, bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir freuen uns sehr auf die Anhörung hier mit Ihnen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir über die Themen Referendariat, Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung – BLiQ – und Reformen sprechen. Wir begleiten diesen Prozess auch parlamentarisch schon seit einiger Zeit. Insofern finden wir es erst einmal begrüßenswert, dass zentrale Aspekte dieser Reform hier vorangetrieben wurden, auch miteinander noch mal in konstruktiver Weise verändert wurden, dass wir hier mehr Praxisnähe haben, dass wir mehr Möglichkeiten zur Vertiefung haben, dass wir hier auch gar nicht den Verdacht nähren – und das ist uns auch sehr wichtig, weil uns Ausbildungsqualität insgesamt wichtig ist –, dass das irgendwie ein Sparmodell sei. Im Gegenteil, das kostet im Zweifelsfall sogar mehr Personalstunden. Da bin ich auf die Ausführungen der Senatorin gespannt.

Dass auch die Fachseminare bleiben, war etwas, das wir hier kritisch besprochen haben, aber auch in internen fachlichen Runden, denn Fachseminare sind ein wichtiger Schutz- und Reflexionsraum. Das sage ich hier aus eigener Erfahrung als jemand, der das Referendariat auch durchgemacht hat. Gerade diese Zeit ist nicht ohne, und die Fachseminare bieten hier einfach eine sehr gute Grundlage, die es zu erhalten gilt. Deswegen danke ich ganz ausdrücklich den Kolleginnen der CDU-Fraktion, dass wir hier diesen Weg gemeinsam gegangen sind.

Was weiterhin für uns eine offene Frage ist, teilweise auch mit Skepsis verbunden, ist die längere Taktung von Fachseminaren. Deswegen, glaube ich, ist diese Reform ein erster Schritt, den wir im Prozess weiter begleiten werden. Da würde mich sehr interessieren, ohne jetzt schon die Fragen zu stellen, wie Sie darauf blicken. Natürlich möchte ich hier auch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare auf zwölf Stunden ansprechen. Insofern bleiben für uns auch in diesem Prozess zentrale Fragen offen, die wir gern weiter begleiten wollen, und vor allem, wie die Ausbildungsqualität weiter aufrechterhalten bleiben kann, denn das ist uns sehr wichtig, und wie wir verhindern, dass es zu einer Überlastungssituation für Referendarinnen und Referendare kommt, insbesondere mit erhöhter Unterrichtsverpflichtung, denn das ist die andere Seite der Medaille. Wie bewerkstelligen wir, dass die Erhöhung der Anzahl der Unterrichtsverpflichtungen auch wirklich bei Hospitationen landen? Oder auch: Wie kann gewährleistet werden, dass ein Mehr an Unterrichtsbesuchen nicht zu mehr Druck führt?

All das sind Fragen, die wir uns stellen und bei denen ich sehr dankbar bin, dass Sie heute hier sind und uns mit Ihrer Expertise und Ihren Einblicken weiterhelfen, denn darum geht es. Sie merken, dass wir hier auch an Ihrer Bewertung dieser Fragen interessiert sind. Ich glaube, für die SPD-Fraktion ist ganz relevant: Wir finden es gut, dass diese Qualifizierungslehrkräfte

vor Ort an den Schulen gestärkt werden. Wir finden vom Prinzip her auch gut, dass es mehr Zeit für Hospitation gibt. Das für uns Relevante ist, wie gewährleistet werden kann, dass das dort ankommt und nicht am Ende versickert oder zu Mehrbelastung führt. – Vielen Dank, dass Sie hier sind, und vielen Dank, dass wir jetzt auch in die hoffentlich spannende Diskussion gehen! – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zum Tagesordnungspunkt 3 b durch die Fraktion Die Linke.

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich muss ein etwas kritisches Bild als der Kollege Hopp zeichnen. Es ist völlig klar, dass wir im Land Berlin einen enormen Lehrkräftemangel haben. Ich möchte das noch mal sagen: Zu Beginn des Schuljahres haben wir uns über die Zahlen gestritten, wie viele Stellen unbesetzt sind. Wir haben 1 500 Stellen ausgerechnet, die Senatorin hat gesagt 700 Stellen, aber völlig egal, welche Berechnung man zur Grundlage macht, wir haben diesen akuten Lehrkräftemangel. Wir haben 2 000 Studierende einstellen müssen, die sich noch im Studium befinden, ohne die wir unsere Einstellungsziele überhaupt nicht hätten realisieren können. Es ist wichtig, dass dieser Lehrkräftemangel nicht auf dem Rücken der Studierenden und der Referendarinnen und Referendare ausgetragen wird. Insofern ist die Frage der Qualität ganz entscheidend.

Wir hatten bereits eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Referendarinnen und Referendare, und es wird jetzt vorgeschlagen, eine weitere Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung möglich zu machen, bis zwölf Stunden. Da ist natürlich die Frage: Wie gehen die Schulen damit um, wenn die Referendarinnen und Referendare bis zwölf Stunden unterrichten dürfen und ein Lehrkräftemangel besteht, wegen dem die Schulleitung quasi gezwungen ist, die Referendarinnen und Referendare zu bitten, in den Unterricht zu gehen, und diese Möglichkeit der Hospitation dann faktisch gar nicht gegeben werden kann. Auch die Reduzierung der Fachseminare auf nur noch 14-tägig als „mehr Praxis“ zu labeln, finden wir schon einigermaßen abenteuerlich. Wir würden das gern mit Ihnen gemeinsam heute besprechen.

Auch die Frage der Anleitung und des Mentorings: Dass das nicht ohne feste Zumessung stattfinden kann, ist auch klar. Die Zumessungsrichtlinie hat jetzt gerade die Abminderungsstunden so flexibilisiert, dass es nicht gesichert ist, dass auch Mentoringstunden oder Anleitung oder auch Hospitation auf jeden Fall stattfinden müssen und nicht weggekürzt werden können. Wir finden es sehr wichtig, wenn wir jetzt über die Qualifizierungslehrkräfte, über Mentoringqualifizierung und -programm sprechen, dass das auch fest in den Schulalltag, in die Zumessung, in die Stundenplangestaltung eingeplant werden muss, weil es wirklich nicht auf dem Rücken der Referendarinnen ausgetragen werden darf.

Wir finden, eine Reform, die nicht ausgereift ist, sollte man nicht überstürzen, denn es steht jetzt zur Debatte, dass der neue Jahrgang der Referendarinnen und Referendare zum neuen Schuljahr wirklich bereits nach dieser Reform lernt und das Referendariat absolviert. Wir plädieren dafür, hier auch noch einmal über den Zeitplan zu sprechen, falls wir heute nicht zu einem guten Punkt kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs zum Tagesordnungspunkt 3 c durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank! – Inhaltlich kann ich mich vielem der Kollegin Brychey anschließen. Kollege Hopp hat gesagt, wir beschäftigen uns schon länger mit der Reform. Ich würde sagen, das liegt auch daran, dass es ein relativ abenteuerlicher Prozess war, den wir da zwischendurch erlebt haben, wo Dinge in den Raum gestellt und dann wieder zurückgenommen wurden – ich sage nur die Fachseminare – und wo zwischenzeitlich Menschen, die eigentlich daran hätten beteiligt sein sollen, klargemacht haben, dass sie nicht in entsprechender Weise beteiligt wurden. So kommt es, dass etwas, das erst mal in der Theorie gut klingen kann, wie mehr Praxisbezug und phasenübergreifendes Lernen, in der Umsetzung aber noch ziemlich in den Kinderschuhen zu stecken scheint. Es macht für uns aktuell auch nicht den Anschein, als ob zum neuen Start nach dem Sommer 2026 wirklich schon mit dieser Struktur gearbeitet werden könnte.

Ich habe eine Schriftliche Anfrage gestellt, auf die jetzt auch die Anfrage zurückkam. Darin stand:

„Die Verordnung sowie die mit der Reform verbundenen Kosten befindet sich derzeit noch im Abstimmungs- und Normsetzungsverfahren.“

Wenn ich mir dann anschau, dass zum 31. März 2026 die Bewerbungsfrist für die Referendarinnen und Referendare für das nächste Schuljahr endet, frage ich mich schon, wie das zusammenpasst. Wie kann man einerseits Menschen auffordern, sich für einen Vorbereitungsdienst zu bewerben, von dem man andererseits überhaupt noch gar nicht weiß, wie er aussieht? Das finde ich ehrlicherweise nicht verantwortungsvoll.

Auch die Qualifizierung des pädagogischen Personals für die Ausbildung, das an den Schulen zuständig ist, ist noch nicht abgeschlossen, Stichwort Mentoringprogramm. Die Fachbegleitung, Qualifizierungskoordinatoren, Schulaufsichten wurden noch nicht weitergebildet. Wie gesagt, die Verordnung entsteht auch noch nicht. So macht es den Eindruck, als ob sich mit der Reform auch über die Interessen der Referendarinnen und Referendare und der Fachseminarleitungen hinweggesetzt werden soll. Ich habe es schon gesagt: In der Vergangenheit gab es immer wieder auch laute Stimmen, auch vom Personalrat der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, aber auch von Fachseminarleitungen, die wir auch hier im Ausschuss hatten, die sehr deutlich Kritik geübt oder Stellung zu den aktuellen Plänen genommen haben.

Nicht zuletzt ist auch ziemlich klar, dass die Verantwortung mit dieser Reform vor allen Dingen auf die Schulen abgewälzt werden soll, wobei noch total unklar ist, wie sie eigentlich mit dieser Verantwortung umgehen sollen, weil sie unserem Eindruck nach nicht angemessen entlastet werden sollen. Wir sind natürlich sehr gespannt, wie das hier aus den verschiedenen Perspektiven gesehen wird. Ich freue mich, dass wir quasi vom Lehramt bis zu den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern, aber auch den Fachseminarleitungen hier die verschiedenen Perspektiven vertreten haben, und bin sehr gespannt, wie Sie das alles bewerten.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Die Besprechung zu den Punkten 3 d und 3 e der Tagesordnung wurde bereits in der Sitzung am 20. März 2025 begründet. Ich gehe jetzt davon aus, dass nicht eine erneute Begründung gewünscht ist. – Sie ist nicht gewünscht. Dann kommen wir zu der einleitenden Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Anzuhörende! Ich freue mich ebenso auf die heutige Debatte und würde trotzdem zu Beginn noch ein paar Worte sagen. Das Referendariat ist überarbeitet worden. Zu dem Zeitpunkt, als ich das Amt übernommen habe, waren viele Prozesse schon angestoßen, aber es gab ganz klare und zentrale Forderungen. Es ging in zwei Säulen immer darum, Bewährtes zu erhalten, aber auch Forderungen, die insbesondere aus der Gruppe der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter kamen, ernst zu nehmen. Zu diesen Forderungen gehörten immer zwei zentrale Schwerpunkte. Der eine war die Kritik der fehlenden Praxisnähe, und der andere war die Kritik einer hohen Theorielast, und es war immer die Rückmeldung, dass das, was in den Seminaren gelehrt wird, nicht anzuwenden ist auf die wahnsinnig vielen unterschiedlichen Standpunkte, die die Einsatzorte der Referendarinnen und Referendare darstellen.

Zu den bewährten Dingen zählte auch immer, dass es hilfreich erschien und wahrscheinlich immer noch erscheint, dass es stabile Lerngruppen, Seminargruppen gibt. Das waren dann die Überlegungen, die ich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in der Bildungsverwaltung in einen bereits begonnenen Prozess habe einfließen lassen. Das möchte ich hier noch mal ganz deutlich kommunizieren. Ich freue mich sehr, dass es der Kollege Hopp schon kommuniziert hat: Das ist alles andere als ein Sparmodell, sondern tatsächlich wird investiert, und es wird mitnichten irgendwo gespart, auch wenn sich gewisse Dinge verändern.

Was sind die Hauptmerkmale bei der Überarbeitung des Referendariats? – Das Erste ist: Es geht definitiv darum, mehr Praxisbezug als ein zentrales Merkmal für Qualität herzustellen. Das Zweite ist: Es geht um wesentlich mehr individuelle Förderung, denn natürlich ist jeder Schulstandort unterschiedlich. Die Herausforderungen an einer Ausbildungsschule sind unterschiedlich, aber auch Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter kommen mit ganz unterschiedlichen Kompetenzen in diese zweite Phase der Ausbildung. Das Ziel dieser individuellen Förderung ist natürlich, bessere Ausbildungsergebnisse zu erzielen, eine höhere Zufriedenheit und natürlich auch das Thema Belastung und Entlastung: Wie gut gehe ich in Unterrichtsbesuche? Wie gut bin ich am Ende meiner Ausbildung vorbereitet und qualifiziert? Wie gut fühle ich mich vorbereitet, dann als Lehrkraft im Land Berlin meine Tätigkeit aufzunehmen? Der dritte Punkt, der mir besonders wichtig war, ist das Thema mehr verlässliche Begleitung. Ich sage bewusst Begleitung, weil Begleitung nicht das Gleiche ist wie Bewertung, sondern wir dort den Schwerpunkt auf das Thema Mentoring gesetzt haben.

Daraus resultieren insgesamt drei Personengruppen, die zukünftig mit unseren Referendarinnen und Referendaren arbeiten werden, darunter zwei bekannte Personengruppen. Zum einen sind das die sogenannten Fachbegleitungen, unsere bisherigen Fachseminarleitungen. Diese bleiben uns erhalten. Auch die festen Gruppenstrukturen bleiben uns erhalten.

Die Inhalte der Fachseminare werden zukünftig modularisiert und 14-tägig angeboten. Das führt zu einem dazu, dass man Ausbildungsinhalte bündeln kann, dass man aber das Ganze

auch schulorganisatorisch leistbarer machen kann – übrigens für alle Akteure, sowohl für die Referendare als auch für die Schulen – und wir auch die Zeiten erhöhen können, die für Hospitationen, Begleitungen, Unterrichtsbesuche und fachdidaktische Beratungen an den Schulen zur Verfügung steht.

Die zweite Gruppe, uns bisher bekannt als Hauptseminarleitungen, werden zukünftig die sogenannten Qualifizierungskordinatorinnen und -koordinatoren. Deren Aufgabe ist es, tatsächlich die Qualität des gesamten modularen Systems zu koordinieren, die Lehramtsanwärter zu begleiten, die Module zu entwickeln und natürlich letztendlich auch die Staatsprüfungen durchzuführen.

Neu dazu kommt – deswegen bin ich übrigens immer so irritiert, wenn man sagt, es ist belastend, und es findet gar keine gute Begleitung statt –, dass es zukünftig eine dritte Personengruppe geben wird, die das Land Berlin bisher gar nicht kannte. Das sind die sogenannten Qualifizierungslehrkräfte. Jede Schule, die zukünftig Referendare ausbildet, wird Qualifizierungslehrkräfte haben. Dafür gibt es auch eine Ressource, die verbindlich an die Schulen geht. Diese Qualifizierungslehrkräfte sind tatsächlich ausschließlich zum Mentoren da, zum Begleiten, zum Coachen, um eine Ankommenssituation zu schaffen, um bei Schwierigkeiten zu unterstützen, um gegebenenfalls zu helfen, Fachkolleginnen und Fachkollegen für Referendarinnen und Referendare vor Ort zu finden, die Gegebenheiten der Schule kennenzulernen, vielleicht auch den Schulalltag an jeder Schule gut meistern zu können. Da ist jede Schule anders. Die eine hat schon Teamzeiten, die andere hat das nicht. Dafür hat sie vielleicht digitale Möglichkeiten, wo Unterrichtsmaterialien ausgetauscht werden und so weiter und so fort.

Diese Qualifizierungslehrkräfte werden zu keinem Zeitpunkt beurteilen und bewerten, sondern sie sind lediglich und ausschließlich zur Unterstützung gedacht. Jede Qualifizierungslehrkraft bekommt eine Stunde grundständiges Deputat, und für jeden Referendar, den sie als Mentor betreut oder coacht, bekommt sie eine halbe Stunde dazu. Ich kann nur sagen, dass die Schulen schon nahezu komplett Kolleginnen und Kollegen gemeldet haben, die sie an ihren Standorten als Qualifizierungslehrkräfte identifiziert haben. In unserem jetzigen Landesinstitut, in unserem BLiQ, beginnen ab April, Herr Krüger, die Qualifizierungen, die Fortbildungen für die Qualifizierungslehrkräfte, denn natürlich habe ich nicht nur das Ziel, sondern auch den Anspruch, dass diese gut vorbereitet zum nächsten Ausbildungsjahrgang für unsere Referendarinnen und Referendare zur Verfügung stehen.

Dass Rechtsverordnungen parallel angepasst werden, ist auch vollkommen normal, denn wir haben den neu beginnenden Ausbildungsjahrgang erst zum 1. August. Ich kann keine Rechtsverordnung ändern, wenn ich noch nach alter Ausbildungsverordnung ausbilde. Das geht schlichtweg nicht. Deswegen ist das ganz normales Rechtsgebaren, Herr Krüger, und nichts, was unvorbereitet ist, sondern was regelhaft passiert. Ich finde es ganz wichtig, was ich im Vorfeld sagte, dass die Module fertig sind, dass insbesondere die neue Personengruppe, die Berlin und Berliner Referendare bisher gar nicht kannten – Sie sind nie per se begleitet worden. Es gab keine Anrechnungsstunden dafür. All das steht den Schulen verbindlich zur Verfügung, und es ist genau so hinterlegt, dass das vorhanden ist und jetzt zeitnah angegangen wird und dass alle vorbereitet sind.

Ich bedauere es sehr, denn es ist eine Forderung der Referendare gewesen, dass sie eine Rückmeldung über ihre Unterrichte bekommen, dass tatsächlich gerade von einzelnen Fach-

kolleginnen und -kollegen kommuniziert worden ist, dass Unterrichtsbesuche als Druck bewertet werden. Darum geht es eben nicht. Es sind keine, die beurteilt und bewertet werden, sondern sie sollen den jungen Kolleginnen und Kollegen eine Rückmeldung darüber geben, was Gelingensbedingungen sind und welche Methodik oder Didaktik gut funktioniert hat. Wenn sie nicht gut funktioniert hat, muss es nicht immer an der Auswahl der Methode gelegen haben, sondern vielleicht an anderen Bedingungen. Dafür braucht es erfahrene Kollegen, die diese Referendarinnen und Referendare vollkommen frei von Benotung und Bewertung begleiten. Deswegen sind Unterrichtsbesuche keine Drucksituation, sondern Lernsituationen und Unterstützungsformate, und darum geht es.

Man muss also ganz klar festhalten: Diese Modularisierung ist eine ganz klare Aufwertung dessen, was in der Vergangenheit immer gefordert worden ist. Wir haben dem Rechnung getragen, was sich viele gewünscht haben, nämlich eine viel intensivere, praxisnähere, individuellere Begleitung vor Ort, die jedem Ausbildungsschulstandort gerecht wird. Gleichzeitig ist es uns aber auch gelungen, und das finde ich ein ganz wertvolles Merkmal, weil wir das auch in den zwei anderen Bundesländern sehen, die schon ähnliche Wege gegangen sind, dass dieses Modulsystem dazu führen wird, dass wir diese drei Abschnitte Aus-, Fort- und Weiterbildung viel stärker miteinander verzahnen und insbesondere auch mit den Vertiefungsmodulen, die eine Spezialisierung darstellen, den Referendarinnen und Referendaren die Möglichkeit geben, nicht nur ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden, sondern vielleicht auch dem gerecht zu werden, was sie in den 18 Monaten ihres Referendariats vor Ort benötigen. Da hat die eine Schule das Profil, in der anderen hat vielleicht ein Referendar eher das Bedürfnis in der Lernraumgestaltung, der Nächste in der Kommunikation mit Eltern und so weiter. All dem können wir mit dieser Verzahnung und Modularisierung viel stärker Rechnung tragen.

Das alles zahlt natürlich auf das Ziel ein, das uns im gesamten Bildungssystem eint, nämlich die Steigerung der Bildungsqualität. Gerade bei der Modularisierung der Referendarausbildung geht es uns aber auch darum, dass wir eine Entlastung, eine praxisnahe, hochqualifizierte Unterstützung und eine gute Begleitung wollen, insbesondere durch Qualifizierungslehrkräfte, aber auch mehr Unterrichtshospitation und Gruppenhospitation, damit es uns noch besser gelingt, junge Menschen für den Berliner Schuldienst zu begeistern und sie danach auch zu halten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir jetzt zu unserer Anhörung. Sofern keine anderweitigen Verabredungen getroffen worden sind, würde ich jetzt vorschlagen, in der alphabetischen Reihenfolge zu starten. Dann starten wir mit Herrn Dürheide. – Bitte sehr!

Lennart Dürheide (Humboldt-Universität zu Berlin; Lehramtsstudent): Sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb! Ich spreche heute als Lehramtsstudent und Initiator einer Lehramtsstudierendeninitiative namens Lehramt am Limit, wo wir uns mit den Bedingungen und der Verzahnung der Ausbildungs- und Professionalisierungsphasen auseinandersetzen. Ich spreche auch als jemand, für den Bildung nie ein abstraktes Thema gewesen ist und war. Ich habe meiner Mutter mit 14 Jahren das Lesen beigebracht. Wenn man nur auf Wahrscheinlichkeiten schaut, bin ich heute fast eine Ausnahme, würde ich sagen – manche würden sagen, ein statistischer Fehler. Gute Bildungspolitik darf aber nicht auf Ausnahmen aufbauen. Deshalb ist Bildung für mich kein Programmpunkt und auch keine schöne Überschrift, sondern eine reale Frage von Würde und Teilhabe. Genau deshalb spreche ich heute

über die Reform des Referendariats nicht nur als Ausbildungsfrage, sondern als Frage der Bildungsqualität, Frau Senatorin, und damit auch der sozialen Gerechtigkeit.

Ich will zu Beginn ausdrücklich anerkennen: Viele Ziele, die mit der Reform begründet werden, sind nachvollziehbar: mehr Praxisnähe, eine stärkere Einbindung in den Schulalltag und die Kritik daran, dass einzelne Unterrichtsbesuche zu stark über Bewertungen entscheiden. Das sind reale Probleme. Viele Referendarinnen und Referendare benennen das auch zu Recht, aber der entscheidende Punkt ist: Praxisnähe ist nicht automatisch Professionsbezug, und mehr Zeit in Schule ist nicht automatisch bessere Ausbildung. Eine Reform verbessert Ausbildung nur dann, wenn sie auch als Ausbildung organisiert ist, mit verlässlicher Anleitung, qualifiziertem Mentoring, Zeit für Hospitation, gemeinsamer Planung und mit Standards, die nicht vom Zufall des Einsatzorts abhängen.

Genau hier liegt das Kernproblem. Wenn Ausbildungszeit unter dem Druck des Lehrkräftemangels faktisch in Unterrichtsversorgung verschoben wird, dann kippt ein eigentlich sinnvolles Ziel, dann wird aus Praxisnähe schnell Mangelverwaltung, und dann entsteht ein System, in dem die Qualität des Referendariats stärker davon abhängt, an welcher Schule man landet, wie die personelle Ausstattung dort ist und ob überhaupt genug qualifiziertes Personal für gute Begleitung vorhanden ist. Das mag für Einzelne subjektiv Vorteile bringen. Systemisch ist es aber ein ganz klares Risiko, weil es Ausbildungsqualität ungleicher macht.

Hier wird die Debatte politisch, denn wir sprechen in der Bildungspolitik ständig über Chancengerechtigkeit, soziale Teilhabe und Aufstieg, aber diese Begriffe werden unglaubwürdig, wenn ausgerechnet bei der Lehrkräfteausbildung unter Mangel und Druck Qualitätsvoraussetzungen verwässert werden. Es reicht nicht, soziale Gerechtigkeit sprachlich zu vertreten. Entscheidend ist, ob Standardschutzmechanismen und Evaluation so gestaltet sind, dass Ausbildungsqualität im Lehrkräftemangel nicht schrittweise in Mangelverwaltung kippt. Es ist politisch gar zu billig, Aufstieg zu versprechen und gleichzeitig Reformen mitzutragen, bei denen Ausbildungsqualität stärker vom Zufall des Einsatzortes abhängt. Wenn Ausbildungsqualität im Lehrkräftemangel flexibilisiert wird, tragen die Folgekosten nicht die politischen Ebenen, sondern am Ende die Schulen und vor allem die Kinder, die auf Schule als Aufstiegsort am stärksten angewiesen sind.

Ergänzend dazu möchte ich ein aktuelles Praxisbild aus einer Blitzumfrage, die wir als Initiative gestartet haben, nennen. An der Umfrage haben 334 Personen teilgenommen. Sie ist nicht repräsentativ, und wir können auch nicht vollständig verifizieren, dass ausschließlich Referendarinnen und Referendare teilgenommen haben. Dennoch zeigt sie ein deutliches Signal aus der Praxis: 85 Prozent der Teilnehmenden äußern Bedenken hinsichtlich struktureller Überlastung beziehungsweise Ausbildungsmängel, und 67 Prozent geben an, bereits acht bis zehn Unterrichtsstunden eigenverantwortlich zu erteilen. Für mich ist das kein Endbeweis, aber ein ganz klarer Hinweis darauf, dass wir vor weiterer Ausweitung zuerst die Wirkung der bereits vor zwei, drei Jahren beschlossenen zehn Unterrichtsstunden verbindlich evaluieren müssen.

Deshalb möchte ich drei konkrete Punkte zur Nachsteuerung benennen. Erstens, Ausbildungsschulen für Referendarinnen und Referendare: Wir brauchen eine stärkere Bündelung von Ausbildung an Schulen, die dafür tatsächlich geeignet und personell in der Lage sind, mit qualifizierten Mentorinnen und Mentoren, funktionierenden Strukturen und realen Zeitres-

sources für Begleitung. Ausbildung darf nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, wenn die Voraussetzungen so ungleich sind.

Zweitens, eine unabhängige Beschwerdestelle: Frau Senatorin! Referendarinnen und Referendare sind in einer strukturell abhängigen Situation. Wenn Ausbildungsstandards vor Ort nicht eingehalten werden, Anleitung ausfällt oder Ausbildungszeit faktisch zweckentfremdet wird, braucht es eine unabhängige Stelle, an die man sich wenden kann, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Das ist übrigens kein Angriff auf Schulen, sondern ein Instrument der Qualitätssicherung.

Drittens, eine verbindliche Evaluation der bereits verabschiedeten Erhöhung auf zehn Unterrichtsstunden, denn bevor weitere Erhöhungen politisch diskutiert oder normalisiert werden, muss belastbar ausgewertet werden, was die zehn Stunden in der Praxis tatsächlich bewirkt haben. Wie viel davon ist reale Ausbildung? Wo entsteht daraus faktisch Unterrichtsversorgung? Welche Unterschiede zeigen sie je nach Standort und personeller Ausstattung? Ohne die Evaluation steuern wir nicht evidenzbasiert, sondern im Blindflug. Mein Punkt ist nicht keine Veränderung, mein Punkt ist keine Verschiebung von Ausbildungszeit in Richtung Mangelverwaltung ohne Standards, Schutzmechanismen und Evaluation.

Ich sage zum Schluss noch einmal aus meiner eigenen Geschichte: Wer Bildungspolitik ernst meint, darf Lehrkräftebildung nicht so behandeln, als wäre sie eine technische Stellschraube zur Entlastung eines überlasteten Systems. Für viele Kinder ist Schule nicht irgendein Ort. Sie ist ein Ort, an dem sich entscheidet, ob Aufstieg ein Versprechen bleibt oder Wirklichkeit werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Frau Hoffschildt. – Bitte sehr!

Nele Hoffschildt (Vorstandsbereich Hochschulen und Lehrer*innenbildung, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin – GEW Berlin –; Leiterin): Sehr geehrte Anwesende! Ich bedanke mich erst mal recht herzlich für die Einladung und für die Möglichkeit, hier zu diesem wichtigen Thema zu reden. Es wurde Zeit. Wir als GEW sehen viele der Änderungen, die aktuell im Berliner Referendariat implementiert wurden oder noch implementiert werden sollen, äußerst kritisch. Manches davon wurde eben auch schon erwähnt. Insbesondere sehen wir die Qualität der Berliner Lehramtsausbildung, die eben als so wichtig angepriesen wurde, stark gefährdet.

2024 verkündete die Bildungssenatorin die Erhöhung der Bedarfsanrechnung aller Lehramtsanwärterinnen und -anwärter von sieben auf zehn Stunden. Diese zehn Stunden waren damals die maximale Arbeitszeit. Diese Erhöhung lehnt die GEW aus verschiedenen Gründen strikt ab. Zum einen hat sie dafür gesorgt, dass die Schulleitungen rechnerisch gezwungen sind, Referendarinnen und Referendare von Anfang an mit zehn Stunden selbstständigen Unterrichts einzusetzen. Damit forderte die Senatorin faktisch zum Rechtsbruch auf, da laut der Verordnung für den Vorbereitungsdienst eigenständiger Unterricht nur nach Ausbildungsstand erteilt werden soll. Sowohl die Verordnung als auch der KMK-Beschluss zum Referendariat sehen außerdem eine Kombination aus eigenständigem Unterricht, Hospitationen und angeleitetem Unterricht vor. Wenn Referendarinnen und Referendare zu Beginn ihrer Ausbildung bereits vollständig selbstständig unterrichten müssen, ist das nicht mehr gegeben. An-

statt diese akute Maßnahme später wieder rückgängig zu machen, wurde stattdessen, wie wir jetzt alle wissen, einfach die maximale Stundenzahl auf zwölf erhöht, sodass noch mehr Belastung anstatt Entlastung auf die Schultern der neuesten Lehrkräfte gelegt wird. Die 170 Vollzeitstellen, die durch diese künstliche Erhöhung abgedeckt werden, stehen natürlich auch nicht nur für Neueinstellungen zur Verfügung.

Es ist außerdem dringend eine zeitliche Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung nach oben hin nötig – diese gibt es bisher nur nach unten –, um die Qualität der Ausbildung zu sichern und zu garantieren, dass unausgebildete Referendarinnen und Referendare nicht direkt zu Beginn als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Diese Begrenzung ließe sich problemlos mit der Verordnung vereinbaren, indem etwa eine Staffelung eingeführt wird. Referendarinnen und Referendare sollten insgesamt wie zuvor mit maximal zehn Stunden eingesetzt sein. Davon sollten sie mit nur sieben auf den Bedarf der Schule angerechnet werden. Im ersten Ausbildungshalbjahr sollten von diesen zehn Stunden maximal fünf eigenständiger Unterricht sein, um gerade dann diesen Berufseinsteigerinnen und -einsteigern ein erstes Einfinden und eine professionelle Orientierung mithilfe von Hospitationen und Anleitung zu ermöglichen. Im zweiten Halbjahr könnte diese Zahl auf sechs oder sieben erhöht werden, und im letzten Halbjahr schließlich könnte die Begrenzung von zehn Stunden acht Stunden betragen. Auch hier ist der Puffer für Anleitung und Hospitationen aber weiterhin nötig, auch im dritten Ausbildungshalbjahr. Auch Referendarinnen und Referendare kurz vor der Prüfung sind keine fertig ausgebildeten Lehrkräfte und keine Personalkostenbudgetierungskräfte – PKB-Kräfte –, auch wenn das gern mal vergessen wird. Ohne eine verpflichtende Deckelung ist die Anzahl der selbstständigen Unterrichtsstunden, wie die Praxis aktuell leider beweist, eine reine Kulanfrage.

Auch an anderen Stellen sind dringend verpflichtende Regelungen nötig, zum Beispiel für die maximale Länge von Unterrichtsentwürfen. Außerdem gibt es keine verpflichtenden Regelungen, zum Beispiel zu Ersatzaufgaben bei Krankheit, zum Umfang von Aufgabenstellungen in B-Wochen, zu Peercoaching und zum Mindestumfang der professionellen Beiträge der Fachseminarleitung. Bisher gilt für diese wie für viele andere Aufgaben der Referendarinnen und Referendare, dass sie von der Willkür der Fachseminarleitung abhängen. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich Fach- und allgemeine Seminare stark in ihrer Qualität und in dem für sie benötigten Arbeitsumfang unterscheiden haben. Die Reform ignoriert diese Missstände nicht nur, die zweiwöchigen Seminare drohen sogar eher, sie noch zu verschlimmern. Zusätzlich geht den Referendarinnen und Referendaren ein wichtiges Austauschformat verloren. Die Professionalisierungsformate, die Fachseminare, werden gekürzt.

Obwohl bereits Ende März, das ist übrigens in weniger als einem Monat, der Bewerbungsschluss für das Referendariat ab Sommer 2026 ist, steht auch in Bezug auf die geplanten Qualifizierungslehrkräfte vieles noch nicht fest. Weiterhin ist völlig unklar, mit welchem Stundenumfang diese Personen sich der Ausbildung der Referendarinnen und Referendare widmen sollen und wie viele es an einer Schule geben darf. Es wird auch immer nur von neuen Lehrkräften gesprochen, wenn es darum geht, wen genau sie betreuen sollen. Wer bei diesem Begriff alles mitgemeint ist, wird hier vermutlich absichtlich vage gehalten. Trotz dieser riesigen Verantwortung sind der Umfang der Ausbildung dieser Begleiterinnen und Begleiter und die Anzahl ihrer Abminderungsstunden noch immer nicht final geklärt. Es liegt noch nicht einmal der Entwurf einer neuen Verordnung vor, geschweige denn das Handbuch, welches für angehende Referendarinnen und Referendare ein wichtiges Referenzmedium dar-

stellt. Auch stehen noch keine Pläne, wie organisatorisch mit den aktuellen Referendarinnen und Referendaren verfahren wird, die ein Anrecht darauf haben, ihr Referendariat im Sinne der alten Verordnung zu beenden. Es gibt nur einen Weg, wie all diese Missstände noch behoben werden können: Die Reform darf nicht intransparent, unausgereift und überstürzt bereits diesen Sommer aktiv werden, denn nur weil etwas bereits angestoßen wurde, bedeutet das nicht, dass man sich nicht die benötigte Zeit nehmen kann, um eine adäquate Umsetzung zu planen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank Ihnen! – Wir machen weiter mit Frau Vollmerhaus.

Lilith Vollmerhaus (Personalrat der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter – PR LAA –; stellvertretende Vorsitzende): Auch von mir einen schönen guten Tag an alle Anwesenden! Ich freue mich und bedanke mich recht herzlich für die Einladung! Dass ich hier heute als Repräsentantin des Personalrats der Lehramtsstudierenden die Perspektive derer vertreten darf, die wirklich unmittelbar von dieser Reform betroffen sind, freut mich.

Ganz grundsätzlich sehen auch wir die Notwendigkeit einer Reform gegeben. Gerade da wir immer wieder hören, dass die Ausbildungsqualität sehr von den jeweiligen Seminaren abhängt, begrüßen wir beispielsweise die Überarbeitung der fachlichen Inhalte im Zuge der Modularisierung. Aber der Umstand, der in unseren Augen am meisten für eine Reform spricht, ist die hohe Belastung, der die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter aktuell ausgesetzt sind. Angesichts der bisher bekannten Neuerungen fragen wir uns, ob diese Reform dem so gerecht werden kann. Dass die Informationen bisher nur unvollständig und dezentral veröffentlicht wurden, verstärkt diesen verunsichernden Effekt, denn auch über den positiven Ausblicken schwebt dadurch ein Damoklesschwert der Unverbindlichkeit. Die fehlende Einsicht in die noch unveröffentlichte neue VSLVO – Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter – erschließt sich mir rechtlich durchaus, aber es ist trotzdem problematisch, wenn sie bereits im August in Kraft treten soll. Das bedeutet einfach, dass gerade kaum verbindliche Aussagen getroffen werden können, was zum Teil schon angesprochen wurde.

Wir denken, es wäre mehr als unglücklich, wenn sich die potenziellen neuen Lehramtsanwärterinnen und -anwärter wegen dieser Unsicherheit eventuell gegen diese Ausbildung entscheiden würden, denn der bestehende Lehrkräftemangel würde dadurch nur noch weiter verschlimmert werden. Die Vergütung des Referendariats ist mit etwa 1 700 Euro auch nicht unbedingt attraktiv, wenn man bedenkt, dass man davor schon fünf Jahre studiert hat. Wenn man das aber dann mit Aussagen wie „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ abmildert, muss man auch wirklich dafür sorgen, dass es sich um Lehrjahre handelt. Das heißt für uns, dass unbedingt verhindert werden muss, dass der Lehrkräfte- und Ressourcenmangel auf Kosten der Ausbildungsqualität kompensiert wird, so wie es teilweise schon angesprochen wurde.

Nach diesen ersten Unmutsäußerungen möchte ich aber auch konstruktiv auf die bisher veröffentlichten Fakten eingehen und so auf die Möglichkeiten hinweisen, die sich daraus ergeben. Wir sehen als Personalrat unsere Rolle an dieser Stelle auch darin, die Interessen der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in diese Reform mit einzubringen. Wir wünschen uns eine Beteiligung. Dafür wäre der erste Wunsch, dass möglichst zeitnah vollständige und verbindliche Informationen über zentrale Kanäle verteilt werden. Mit Blick auf die bisher veröffent-

lichten Veränderungen würde ich gern noch auf das Potenzial eingehen, dass wir durch verbindliche Formulierungen, die in der neuen VSLVO vielleicht Platz finden könnten, die Ausbildungsqualität und den Schutz vor Überlastung wieder in den Fokus lenken könnten.

Beim Thema Belastung kann ich mich in Bezug auf die Stundenerhöhungen nur meinem Vorredner und meiner Vorrednerin anschließen. Auch wir als Personalrat sprechen uns deutlich gegen die Erhöhung aus. Der in der Presse besprochene Wunsch nach mehr Hospitationen oder das, was gerade angesprochen wurde, bezog sich immer auf den Schutz der Hospitationsstunden, die eigentlich schon in den zehn Stunden verankert sind und waren und die jetzt gerade für viele Schulen einfach nicht realisierbar sind. Sollte daran nichts mehr zu ändern sein, wünschen wir uns aber zumindest eine verbindliche Formulierung in der Verordnung, sodass die zusätzlichen Stunden wirklich nur für Hospitation genutzt werden dürfen und nicht etwa für Vertretungen oder weiteren Unterricht, wie es nun mal im Schulalltag häufig der Fall ist. Das Beobachten fremden Unterrichts, kann ich auch aus persönlicher Perspektive sagen, hilft einfach enorm, den eigenen zu verbessern, zu reflektieren, und deswegen ist das ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung, der geschützt werden muss.

Dass die zukünftigen Qualitätskoordinatorinnen und -koordinatoren komplett von der Benotung ausgenommen werden, dadurch, dass sie keine Modulprüfungen mehr abnehmen, ist durchaus begrüßenswert, in ihrer Rolle als wohlwollende Ausbildungsbegleitende, aber wir möchten trotzdem darauf hinweisen, dass dieses Machtmonopol über die Ausbildung dadurch nicht wirklich verringert ist. Die Qualitätskoordinatorinnen und -koordinatoren sind für die Individualisierung maßgeblich bestimmt. Dementsprechend sollten sich die LAA in ihrem Seminar wohlfühlen. Ist dies nicht der Fall und möchte jemand das Seminar wechseln, sollte das nicht von der Person abhängen, die in diesem Moment zumindest indirekt kritisiert wird. Wir wünschen uns also, dass in Zukunft der Seminarwechsel vereinfacht oder zumindest verändert wird.

Bei den neu eingeführten Qualifizierungslehrkräften sehen wir eines der größten Potenziale der Reform, denn auch wenn die Begleitung fachfremd erfolgt, so bringt die Aussicht auf eine feste Ansprechperson definitiv eine Entlastung mit sich. Wir fragen uns aber, ob der Umfang des Aufgabenbereichs der Qualifizierungslehrkräfte von den dafür vorgesehenen Anrechnungsstunden tatsächlich abgedeckt werden kann. Die Frage kam gerade auf. Meines Wissens sollen auch beispielsweise PKB-Kräfte oder neue Lehrkräfte damit abgedeckt werden. Unserer Meinung nach sollte die Höhe dieser Anrechnungsstunden vom Anteil des fachfremden beziehungsweise neuen Personals abhängig sein und nicht nur von der Anzahl der Lehramtsstudierenden. Also auch hier sollte verbindlich in der neuen VSLVO festgehalten werden, dass zumindest diese halbe Anrechnungsstunde wirklich den LAA gilt. Dass diese das eventuell selbst einfordern müssen, stellt eine unnötige weitere Hemmschwelle dar. So etwas könnte man zum Beispiel mit einer Mindestanzahl an Beratungsterminen einführen, die dann in der VSLVO so explizit zugestanden werden.

Eine letzte große Unsicherheit – ich beeile mich – in Bezug auf die Sicherung der Ausbildungsqualität stellt für uns die Modularisierung der Seminare dar. Wir sind total froh über den Erhalt, aber auch wir sagen, dass die Praxisnähe nicht unbedingt einfach durch mehr Praxis zu gewährleisten ist. Ob die vorgeschlagenen Begleitungs- und Unterstützungsformate dem gerecht werden, wird sich zeigen müssen. Aber auch wenn wir die Überarbeitung der Pläne befürworten, ist auch hier natürlich großer Zeitdruck dagewesen. Noch bedrohlicher für die

Vermittlung der fachlichen Inhalte sind aus unserer Sicht die drastische Reduktion dieser Präsenzstunden sowie vor allen Dingen die Öffnung dieser Seminare für seminarfremde Personen. So wird jede Sitzung dann dem Anspruch unterliegen, dass auch Außenstehende dem schlüssig folgen können, und es kann nicht von dem Kompetenzstand der LAA ausgegangen werden. Wenn in jeder Sitzung erst einmal die grundsätzlichen Prinzipien wieder erklärt werden müssen, dann vergeudet dies einen erheblichen Teil der ohnehin schon reduzierten Seminarzeit. Der Schutzraum, der eigentlich innerhalb dieser Seminare besteht und der angesprochen wurde, wird dadurch geöffnet. Der besteht dann nicht mehr als solcher Schutzraum.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich möchte Sie wirklich bitten, zum Ende zu kommen.

Lilith Vollmerhaus (PR LAA): Der Austausch mit den Peers geht dadurch verloren oder ist zumindest bedroht. Wir wünschen uns auch breite Fortbildungsangebote für das gesamte pädagogische Personal, aber auch dies soll nicht auf Kosten der Lehrkräfteausbildung ermöglicht werden. – Ich spare mir den letzten Absatz, aber ich freue mich auf Ihre Rückfragen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Vollmerhaus! Sie haben eine Redezeit von fünf Minuten. Das war schon weit überschritten. – Dann machen wir weiter mit Herrn Ziegenhagen. – Bitte sehr!

Jörg Ziegenhagen (Bundesarbeitskreis Lehrerbildung Landesverband Berlin e. V. – bak –; Sektionssprecher S): Einen schönen guten Tag, Frau Vorsitzende! Werte Abgeordnete! Werte Frau Senatorin! Wir als bak sind generell, und zwar bundesweit, als Verband Bundesarbeitskreis für Lehrkräftebildung eine Interessenvertretung für alle, die in der Lehrkräftebildung tätig sind, also Seminarleiter, Fachseminarleiter, aber auch Fortbildende.

Wir haben als Berliner Landesverband – ich bin aber auch im erweiterten Bundesvorstand – einen relativ guten Einblick in die 16 Bundesländer. Da sind die Strukturen sehr unterschiedlich. Das heißt, das, was Berlin gerade an Struktur macht, findet man immer in irgendwelchen abgewandelten Formen auch in anderen Bundesländern wieder. Insofern wäre es manchmal auch ganz gut, wenn man miteinander reden würde. Diese Strukturen, die Lehrkräftebildung jetzt gerade in Berlin neu denken und in eine neue Richtung lenken wollen, sind, wenn man sich die Professionsforschung anschaut, letztendlich wichtig, aber sie sind eigentlich nicht ganz entscheidend. Ganz entscheidend sind die Lehrkräfte, die nämlich interaktiv im Unterrichtsgeschehen in der Tat dann aus einem Mathematiklehrer einen guten Mathematiklehrer beziehungsweise aus Mathematikunterricht guten Mathematikunterricht machen. Das ist in der Tat in der Professionsforschung ein schwieriges Feld. Die organisatorischen Strukturen, die jetzt gerade hier besprochen werden, sind die Hülle, die müssen diese Möglichkeitsräume eröffnen, aber letztendlich muss Lehrkräftebildung dann diese Räume füllen.

Kollege Hopp hat gesagt, er hat das Referendariat durchlitten, oder Sie haben es durchgemacht, so haben Sie es gesagt. Das ist auch ein Zeichen, ein Etikett, was das Referendariat übrigens bundesweit hat. Es wird nicht immer als Erfahrungsraum oder als Raum der Professionalisierung gesehen, sondern es wird auch als Leidenszeit betrachtet, und das ist die Chance jetzt in dieser Reform, auch ein Stück weit dagegen zu arbeiten. Das macht das Referendariat auch attraktiver.

Das liegt natürlich an den Seminarleitungen, ganz klar, die an der Stelle eine Qualifizierung durchmachen müssen. Sie müssen auch eine andere Haltung zu dem entwickeln, was sie tun. Das ist etwas, das in unserem Verband schon auch leitend ist. Das Referendariat muss als Unterstützung für Lehramtsanwärter organisiert werden, und die Strukturen müssen das ermöglichen. Wo wir jetzt sagen, das ist etwas, das in Berlin momentan gut gelingt – das sehe ich nicht so kritisch wie die beiden Kolleginnen neben mir –, das ist die Modularisierung, die eben die Aus-, Fort- und Weiterbildung miteinander verknüpft, denn auch die Professionsforschung sagt eindeutig, dass Lehrersein und Lehrerwerden etwas Lebenslanges ist. Das heißt, wir brauchen die Übergänge, und wir müssen die Übergänge zwischen Referendariat, zweiter Phase und dritter Phase, zwischen Aus-, Fort- und Weiterbildung vernünftig gestalten. Da gibt es eine gute Chance, das gut zu machen. Wenn ich jetzt aber „gut“ sage, dann hängt das daran, wie die Module gestaltet werden, die wir machen. Wie werden die gestaltet? Wie werden die Qualifizierungen für die Menschen, die jetzt im System sind –– Wir haben auch eine vertikale Kohärenz von den Ausbildungskoordinatoren, den ehemaligen Seminarleitern, über die Fachbegleitungen, die ehemaligen Fachseminarleiter bis in die Schulen. Wie werden sie aufeinander abgestimmt zukünftig ausbilden? Das geht nur kohärent. Das heißt, die Qualifizierungskoordinatoren müssen letztendlich auch den Kontakt in die Schulen haben, zu den Qualifizierungslehrkräften. Das muss in dieser Modularisierung und Qualifizierung angelegt werden. Das ist ein ganz entscheidender Aspekt von Gelingensbedingungen. Sonst bleibt die Kohärenz eine leere Hülse, und dann kriegt man auch das nicht mehr eingefangen, was Sie alle so schön dargestellt haben, dass möglicherweise in den Schulen eben keine Ausbildungskultur entsteht.

Das ist auch unsere Erfahrung als Verband, dass an vielen Schulen keine wirklich nachhaltige Ausbildungskultur besteht. Das hat natürlich auch etwas mit dem Lehrkräftemangel zu tun. Wir haben nicht nur die Erhöhung von 10 auf 12 Stunden, sondern wir haben Quereinsteigende, die mit 17 Stunden unterrichten, wir haben Berufsbegleitende, die 19 Stunden unterrichten

ten. Als Verband ist uns die Notlage klar, warum das entstanden ist. Das Problem ist immer, dass der Ausbildungscharakter vom Vorbereitungsdienst darunter natürlich massiv leidet. Wie kann man das auffangen? Das ist eine Facette dieses Leidens oder dieses langsamen Herausriftens von Ausbildungsqualität aus dem Referendariat. Das ist etwas, wo wir sagen: Da wünschen wir uns, dass das im BLiQ konsequent passiert, dass die Qualität der Ausbildungsmodule und die Qualifizierung von den dort Arbeitenden systematisiert und nachhaltig passiert, auch im Sinne einer neuen Ausbildungskultur in den Schulen. Nur dann schaffen wir es auch, eine neue Schulkultur zu etablieren, denn das, was heute wahrscheinlich hier auch besprochen wird, die Übergänge oder das, was ich vorhin zum Thema Probeunterricht gehört habe, hat natürlich auch etwas mit unserer Schulkultur zu tun und natürlich auch mit der Lehr- und Lernkultur von Lehrkräften.

Das heißt, das kann nur gelingen, wenn die Ressource da ist. Da schließe ich mich den Kolleginnen und dem Kollegen an. Das heißt, es müssen Ressourcen in Form von Stellen im BLiQ da sein, also es muss einen verlässlichen Stellenkegel geben. Es muss entsprechende Abminderungsstunden geben, dass die, die im System da sind, das auch vergolten bekommen, was Sie dort tun, weil on top wird das in der Berliner Schule nicht funktionieren. Dazu gehört aber auch, dass bei der Personalausstattung genau geschaut werden muss: Wir haben im Berliner System der Seminarleitungen, der zukünftigen Ausbildungskoordinatoren, einen relativ hohen Grad an Abordnungen, Dienst am anderen Ort. Das scheint sich momentan ein Stück weit inflationär auszuweiten, weil – und das ist aus Sicht des Berliner Verbandes durchaus auch verständlich – wir ein altes System haben, das noch existiert, und ein neues, das aufgesetzt wird. Da existieren also zwei Strukturen nebeneinander. Aus dem alten System werden jetzt personelle Ressourcen in das neue System hinübergezogen. Das muss im alten System nachgeführt werden.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Ziegenhagen, darf ich Sie auch bitten, langsam zum Ende zu kommen?

Jörg Ziegenhagen (bak): Okay. – Das sind zwei Dinge, die uns umtreiben: die personellen Ressourcen und die Qualitätsentwicklung, die systematisiert werden muss.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank Ihnen! – Dann haben wir jetzt unsere Rednerliste. – Herr Krüger beginnt. – Bitte sehr! Sie denken bitte an Ihre drei Minuten Redezeit! Danke schön!

Louis Krüger (GRÜNE): Ich bemühe mich, deswegen nur einmal kurz vielen Dank an die Anzuhörenden! – Herr Dürheide, Sie hatten von Ausbildungsqualität und Professionsbezug gesprochen, und auch bei den anderen klang es an, dass nur in der Schule zu sein und zu arbeiten und zu unterrichten, noch nicht bedeutet, sich zu professionalisieren. Vielleicht können Sie das noch einmal ausführen, was es dafür bräuchte.

Frau Hoffschildt, Sie haben den eigenständigen Unterricht angesprochen. Die Senatorin hat in der Vergangenheit schon öfter andere Bundesländer ins Feld geführt und warum in Berlin irgendwie paradiesische Zustände für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter herrschen würden. Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen in Relation setzen, was den Umfang des eigenständigen Unterrichts in Berlin angeht und ob man sich wirklich im bundesweiten Blick verstecken muss.

An Herrn Ziegenhagen: Sie haben gesagt, auch diejenigen, die die Ausbildung machen, müssen sich jetzt im Zuge der Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienstes weiterentwickeln. Die Senatorin hat gesagt, ab April geht es so richtig los. Halten Sie das für realistisch, dass ab April bis zur Umsetzung im nächsten Schuljahr wirklich alle auf den Stand gebracht werden, mit dem neuen System schon sinnvoll arbeiten zu können? In welchem Umfang wurden denn die Seminarleitungen in den ganzen Prozess der Reform, der Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienstes einbezogen? Haben vielleicht schon Vorschläge, die von Ihnen oder von Ihrem Verband eingebracht wurden, Eingang in den Entwurf gefunden? Wie zufrieden sind Sie mit dem Ergebnis, das uns jetzt in groben Zügen vorliegt, für den Vorbereitungsdienst?

An den Senat: Beim eigenständigen Unterricht haben wir jetzt die Erhöhung von zehn auf zwölf Stunden. Inwiefern wollen Sie sicherstellen, dass die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter nicht flächendeckend für die zwölf Stunden eingesetzt werden, sondern tatsächlich auch Zeit für Hospitation bleibt? Wie es sich gerade liest, ist es vor allen Dingen ein Aushandlungsprozess zwischen den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern und der Schulleitung, und da wissen wir, unter welchem Druck die Schulleitungen stehen, die Stundentafel und anderes abzudecken. Da besteht natürlich die Gefahr, dass die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter dann zu den zwölf Stunden gedrängt werden.

In der Antwort des Senats auf meine schriftliche Anfrage steht:

„Über die Auswirkungen der Reform wird mit ausreichendem Vorlauf informiert ...“

Da würde ich einmal gern nachfragen: Was verstehen Sie unter ausreichendem Vorlauf? Welche Personengruppen wurden jetzt schon über die Veränderungen im Vorbereitungsdienst informiert?

An die Anzuhörenden: Fühlen Sie sich mit ausreichendem Vorlauf über die Veränderungen informiert, die da möglicherweise anstehen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das wäre jetzt ein Punktlandung mit drei Minuten.

Louis Krüger (GRÜNE): Genau. – Zuspitzend frage ich deshalb den Senat: Ist der geplante Start des neuen Vorbereitungsdienstes zum Sommer 2026 unter den aktuellen Voraussetzungen wirklich realistisch, oder besteht die Gefahr, dass eine Reform gestartet wird, bevor die notwendigen Strukturen tatsächlich gut aufgebaut werden? Haben wir es hier mit einer Reform zu tun, die übers Knie gebrochen wird?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke sehr! – Frau Brychcy, bitte schön!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich starte mit meinen Fragen an den Senat. – Vielen Dank, Frau Senatorin! Sie haben ausgeführt, dass Sie für die Qualifizierungslehrkräfte eine Anrechnungsstunde Deputat vorsehen wollen plus eine halbe Stunde pro Referendarin oder Referendar. Da wollte ich nach der Gruppe fragen: Ist die halbe Stunde jetzt wirklich nur für die Referendarinnen und Referendare oder auch für PKB-Lehrkräfte oder neue Lehrkräfte, die an die Schule kommen? Wer gehört zu denjenigen, bei denen diese halbe Stunde zugemessen wird?

Dann wollte ich noch fragen: Die aktuelle Zumessungsrichtlinie sieht vor, dass am Ende die Schulleitung entscheidet, welche Anrechnungsstunden gegeben werden können. Es kann auch sein, dass zum Beispiel manche Anrechnungsstunden, die in der Vergangenheit üblich waren, nicht mehr gegeben werden können. Wir hatten das schon, dass zum Beispiel für Klassenleitung oder so etwas nicht alle Anrechnungsstunden, die theoretisch vorgesehen sind, auch tatsächlich genommen werden können, einfach weil die Zumessung insgesamt durch die Steuerungsreserve für die regionalen Schulaufsichten ein bisschen geschrumpft ist. Wie wird sichergestellt, dass nicht bei der Ausbildung, hier beim Referendariat, möglicherweise die Anrechnungsstunden nicht gegeben werden können?

Dann wollte ich nach dem Umfang der VZE bei den Fachseminarleitungen und Hauptseminarleitungen fragen: Wie wird es nach der Reform sein? Es wurde gesagt, die Qualität und der Praxisbezug werden gesteigert. Wird die gleiche Anzahl an Fachseminarleitungen und Hauptseminarleitungen, die wir jetzt im System haben, auch nach der Reform im System sein?

Zum Zeitplan, Inkrafttreten am 1. August 2026, obwohl erst jetzt die Qualifizierungslehrkräfte ab 1. April 2026 ausgebildet werden sollen: Gibt es eine Möglichkeit, diesen Zeitplan noch mal zu verschieben, wenn nicht klar ist, dass wir wirklich zum 1. August starten können, genug Qualifizierungslehrkräfte zur Verfügung stehen und auch genug Mentoringausbildung stattgefunden hat?

Zum BLiQ wollte ich fragen, wie die aktuelle Situation beim BLiQ in Bezug auf die Modularisierung, die Kohärenz und den Einbezug des StEPS – Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule – und der Universitäten an der Stelle ist.

Unsere Anzuhörenden würde ich gern nach der Arbeitsbelastung in der Praxis fragen. Wenn Sie darauf vielleicht auch noch mal eingehen könnten, also alle drei Referendarinnen und Referendare beziehungsweise Studierenden, dass Sie uns noch mal schildern, wie die Praxis aussieht.

Herr Ziegenhagen, Sie sprachen von anderen Bundesländern, wo das Referendariat als Schutzphase für die Ausbildung gesehen wird. Gibt es denn Beispiele, wie hinsichtlich der Herausforderung, trotz Lehrkräftemangel die Qualität, die individuelle Betreuung und die Praxisnähe zu steigern, vielleicht andere Wege als im Land Berlin zur Frage Unterrichtsverpflichtung und Fachseminare gegangen wurden? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann machen wir mit Frau Burkert-Eulitz weiter. – Bitte sehr!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe gelernt, dass das Referendariat die zweite Phase der Lehrkräfteausbildung ist. Die Anzuhörenden haben gerade gesagt, dass die Referendarinnen und Referendare als volle Lehrkräfte eingesetzt werden. Ich hatte ein anderes Referendariat, nämlich als Juristin. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwo Recht gesprochen habe oder allein Rechtsberatung gemacht hätte, oder wir stellen uns mal Medizinerinnen und Mediziner vor, die dann schon mal selbstständig operieren. Das ist vom Niveau der Ausbildung quasi gleichgestellt, wenn man vom zweiten Staatsexamen ausgeht. Ich bin schon sehr erschrocken, wie hier damit umgegangen wird, dass

Sie als angehende Lehrkräfte, aber auch Schule insgesamt abgewertet werden, indem die Möglichkeit von Ausbildung offensichtlich nicht stattfinden kann. Dazu interessiert mich Ihre Meinung, aber auch die der Senatsverwaltung, wie Sie damit umgehen. Ist das Verfahren zur Umstellung des neuen Referendariats überhaupt schon abgeschlossen? Die Einblicke, die Sie als Anzuhörende haben, würde ich gern erfahren, auch Richtung Senatsverwaltung.

Zum BLiQ ist schon gefragt worden. Ich frage heute mal nicht, ob es ein Schwarzes Loch ist, denn mir wurde erklärt, dass ein Schwarzes Loch sehr viel Energie nach außen gibt. Ich frage mal nach der Blackbox BLiQ: Ist im BLiQ überhaupt schon die Struktur vorhanden, um die Herausforderungen, die anstehen – – Wir wissen noch nicht mal, wer da wie irgendwie fortgebildet wird. Ist sie schon da? Sind die Prozesse abgeschlossen? Ist schon genug Know-how im Hause da, wenn eigentlich der Prozess des Umziehens irgendwie Ende des Jahres abgeschlossen sein soll?

Das finde ich ganz spannend: Ist die Reform schon so weit vorangeschritten, dass die angehenden Referendare und Referendarinnen im September in dieses System gehen können? Ich habe die Rückmeldung von einem Studenten, der jetzt den Abschluss gemacht hat, dass sie alle nach Brandenburg gegangen sind, weil sie wissen, woran sie da sind. Wie ist Ihre Erfahrung? Das war jetzt nur eine Einzelwahrnehmung, aber er sprach von seinen Kommilitoninnen und Kommilitonen, die irgendwie alle nach Brandenburg gehen. Brandenburg wird sich freuen. Ich fände das aber schon katastrophal, wenn es so wäre, dass wir die Studentinnen und Studenten, die wir in Berlin ausgebildet haben, woandershin verlieren, weil dieses Projekt der Reform des Referendariats noch nicht an dem Punkt angekommen ist, wo es eigentlich sein müsste. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir machen weiter mit dem Kollegen Hopp. – Bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Viele der Fragen, die jetzt schon gestellt wurden, hätte ich auch. Deswegen möchte ich das nicht unnötig wiederholen. – Vielen Dank für genau diese Einblicke! Das hilft uns auch in der Debatte weiter.

Ich möchte vor allem noch mal auf das von Frau Hoffschildt angesprochene verbindliche Verhältnis zwischen angeleitetem Unterricht, eigenständigem Unterricht und Hospitation eingehen. Ihr Vorschlag ist – und diesen finde ich sehr nachvollziehbar –, diese Verbindlichkeit auch in die Verordnung einzubeziehen. Sie haben hier von einer Staffelung gesprochen. Das wäre meine konkrete Frage, wie die Bildungssenatorin dazu steht, denn es ist sehr nachvollziehbar, dass Sie hier vor allem Verbindlichkeit und den Schutz dessen fordern, was gut läuft. Ich bin Ihnen auch für das differenzierte Feedback sehr dankbar, weil es keineswegs so ist, dass Sie sagen: Das geht alles nicht –, sondern wir suchen miteinander Wege, wie wir vor allem das bewahren, was gut ist, aber gleichzeitig da, wo es nötig ist und wo wir uns einig sind, auch aus meiner eigenen Erfahrung mit dem Referendariat, wo wir mehr Praxisnähe brauchen und mehr im Sinne von Referendarinnen und Referendaren reformieren sollten, dann auch diese Schritte gehen.

Die Bildungssenatorin hat gesagt, dass ein Großteil dieser Reformschritte auf Wünsche der Referendare zurückgeht beziehungsweise darauf basiert. Ich hätte schon noch einmal die konkrete Frage, weil insbesondere die Bewertung der betroffenen Referendare mit dieser Aussage hier ein bisschen auseinandergeht, wie denn die Einbindung der Referendare, der GEW im

Prozess überhaupt stattgefunden hat, sowohl gern an Sie als auch an die Senatorin, denn ich denke schon, hier wird deutlich, dass wir hier an einigen Stellen, ohne jetzt die gesamte Reform in Zweifel zu ziehen – Das mache ich nicht, ich stehe sehr hinter mehr Praxisnähe vor allem, auch hinter der Modularisierung. Ich finde aber auch, der Hinweis darauf, dass trotzdem auch hier gewährleistet sein muss, dass Beständigkeit herrscht – denn ein Referendariat – das hat Herr Ziegenhagen bei mir genau richtig herausgehört – ist eine große Belastung. Ich glaube, die Stärke im Referendariat liegt darin, dass es ein durchgehender Reflexions- und Lernprozess ist. Diesen müssen wir stärken und schützen. Das müssen wir uns in der Strukturreform immer wieder, an jeder Stelle, selbstkritisch fragen: Machen wir das gerade oder gibt es hier die Gefahr – und das ist genau das, was keiner im Raum möchte –, dass wir am Ende Referendare verbrennen oder einfach den Druck erhöhen? – Das kann auf keinen Fall Ziel einer Reform sein. Insofern würde mich tatsächlich übergeordnet die Frage an die Senatorin interessieren, wo Sie hier noch Nachsteuerungsbedarf und -möglichkeiten sehen. – Vielen Dank!

Sandra Khalatbari (CDU): Als bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion – ich wechsele kurz den Hut –, hätte ich auch Fragen beziehungsweise Anmerkungen.

Herr Dürheide, Sie haben Würde und Teilhabe genannt. Das möchte ich gern noch mal konkretisiert bekommen: Wo ist Würde und Teilhabe vielleicht nicht gegeben, oder wie Sie es ausgeführt haben, wo ist sie nicht gegeben?

Frau Hoffschildt, Sie hatten gesagt, es gibt eine Willkür der Fachseminarleitungen. Jede Fachseminarleitung – auf den ehemaligen Begriff konzentriert – hat etwas mit der eigenen Qualität zu tun. Jeder Lehramtsanwärter ist unterschiedlich, jeder Fachseminarleiter beziehungsweise jede anleitende Lehrkraft ist unterschiedlich. Wie würden Sie das Thema Willkür konkretisieren?

Dann sprach Frau Vollmerhaus vom Machtmonopol, wenn ich das richtig mitgeschrieben habe. Können Sie dazu noch einmal etwas sagen? Es sind ja keine Freunde in dem Sinne, aber es soll natürlich auch ein kollegiales Verhältnis sein. Mit dem Ziel, dass am Ende eine Prüfung stattfindet, möchte ich gern dieses Wort des Machtmonopols noch einmal ein bisschen näher erläutert bekommen und wie Sie sich, weil es am Ende eine Prüfung darstellt, dann eine Abstufung der Macht – in Anführungszeichen, auf das Wort bezogen – in der konkreten Praxis vorstellen.

Dann haben Sie, Herr Ziegenhagen, von der Ausbildungskultur gesprochen, auch in Verbindung mit den anderen Bundesländern. Diese Ausbildungskultur hängt sowohl von den Schulleitungen als auch von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, aber auch von den Lehramtsanwärtern ab. Diese Ausbildungskultur ist so gestrickt, dass jeder vor Ort, der in Schule arbeitet, der auch schon mal selbst das Referendariat durchlaufen hat, es sei denn, man ist jetzt Sekretärin oder Hausmeister oder wie auch immer, also bezogen auf die Lehrkräfte, das schon mal persönlich erlebt hat. Wie können Sie sich vorstellen, dass Ausbildungskultur anders laufen soll, als sie jetzt läuft, und welche Vorteile sehen Sie vielleicht auch in dieser Individualisierung und Modularisierung? Wie können Schulleitungen diesem Spagat entsprechend entgegenwirken, dass sie natürlich die Stundentafel mit den Lehrkräften für die Schülerinnen und Schüler zu erfüllen haben, aber gleichzeitig auch die Referendare nicht aus den Augen verlieren, was aus meiner Erfahrung als ehemalige Schulleiterin – Ich habe selbst ein

24-monatiges Referendariat in Nordrhein-Westfalen erlebt. Wie kann man das noch mal anders gestalten und auch vor Ort unterstützen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Jetzt gebe ich weiter an Frau Kittler.

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank, auch an die Anzuhörenden natürlich! – An die Anzuhörenden habe ich als Erstes die Fragen: Über welche Überlastungssituationen beziehungsweise permanente Überlastung können Sie für die Referendarinnen und Referendare berichten? Sind das nicht schon Grundlagen für ein späteres Burnout?

Dann würde mich interessieren, auch an die Anzuhörenden gerichtet: Welchen Anteil an der Ausbildung sehen Sie für das Praxissemester im Verhältnis zum Referendariat? Werden da genügend Grundlagen gelegt? Dann natürlich auch die Frage, ein bisschen erhaltend: Kennen Sie ein Bundesland, von dem Sie meinen, das hätte doch wohl eine Vorbildfunktion für Berlin? Wenn nicht, kennen Sie vielleicht andere Länder, in Europa beispielsweise, die das besser handhaben?

Dann hätte ich noch Fragen an die Senatorin. Als Erstes: Welche Entlastungen werden Referendarinnen und Referendaren zuteil? Ich habe auch genügend mit ausgebildet. Wenn ich allein an die Vor- und Nachbereitungen denke, die Referendarinnen und Referendare für diese Stunden, die sie halten müssen, ausarbeiten müssen, die schon einer Prüfungsstunde gleichkommen, kann man hier nicht wirklich Veränderungen herbeiführen? Dann würde mich interessieren, ob Sie jetzt nicht auch endlich die Notwendigkeit sehen, eine zentrale Steuerung in Berlin herbeizuführen, damit die Schulen, beispielsweise in Ihrem eigenen Wahlkreis, genügend ausgebildete Lehrkräfte haben und nicht auf alle möglichen Referendarinnen und Referendare oder auch PKB-Kräfte und so weiter zugreifen müssen.

Dann möchte ich Sie fragen, Frau Senatorin, welchen Einfluss Sie auf die Wissenschaftssenatorin ausgeübt haben, damit die Unis und Hochschulen die Studienplätze für Lehrkräfte nicht reduzieren, weil wir hier wirklich ein Problem sehen – wir jedenfalls, Sie vielleicht auch.

Es wird hier bemängelt, dass die Verordnung noch nicht fertig ist. Wann wird sie denn fertig sein? Bekommen wir sie dann auch mal zu sehen? – [Zuruf von Senatorin Katharina Günther-Wünsch: Schnellstmöglich!] – Morgen? Interessant! – [Zuruf von Senatorin Katharina Günther-Wünsch: Rechtzeitig!] –

Als Letztes würde ich Sie gern noch fragen: Es ist hier zum Beispiel von der GEW gefordert worden, eine unabhängige Beschwerdestelle einzurichten. Stimmen Sie dieser Forderung zu, und werden sie ihr nachkommen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Punktlandung, Frau Kittler, vielen Dank! – Frau Wojahn!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Fragen beziehen sich auf den aktuellen Stand des BLiQ. Wir haben auch gestern ein bisschen im Hauptausschuss darüber gesprochen, in welcher Phase sich das BLiQ jetzt befindet. – Soweit ich Sie verstanden habe, Herr Staatssekretär, haben Sie gesagt, Sie wollen die Gründungsphase bis Ende dieses Jahres beenden. Ist das die erste Phase? Ist das die zweite Phase? Wenn ich das richtig verstanden habe, soll jetzt die zweite Phase eingeleitet werden, und in dieser Phase soll die

Konsolidierung der verschiedenen Aufbauorganisationen, die mit einfließen, geschehen. Deswegen ist mir der aktuelle Stand nicht klar. Mit welchem Personal starten Sie diese Qualifizierung, die jetzt ab dem 1. April beginnen soll? Für wen soll diese Qualifizierung sein, für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter oder für alle Lehrenden in Berlin? Wir wissen, dass sehr viele Mittel aus den Töpfen für Fort- und Weiterbildungen im aktuellen Haushalt mit der Argumentation gekürzt wurden, dass alles in das BLiQ fließt. Das heißt, alle haben jetzt einen Zugang zu diesen Qualifizierungen? Mit wie vielen Leuten starten Sie in diese jetzige Phase des BLiQ, in der Sie sich aufbautechnisch befinden?

Mir ist auch nicht so ganz klar, wie das System der Module aussehen soll, weil Module auch Schnittstellen haben müssen. Wie konkret ist das jetzt ausgearbeitet und für welche Zielgruppen? Sind diese Module für alle offen? Wir haben jetzt hier vernommen, dass auch zielgruppenspezifische Module notwendig sind. Vielleicht können Sie uns da aufklären. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Schedlich, bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für die, wie ich finde, sehr nachvollziehbaren Schilderungen und guten Appelle! – Ich konzentriere mich trotzdem, weil schon so viele gute Fragen gestellt wurden, auf ein paar wenige an den Senat und auch nur zum BLiQ, und zwar geht es mir einmal um die iMINT-Akademie und das Zentrum für Sprachbildung. Da würde mich interessieren, ob diese sehr erfolgreichen Institutionen ihr eigenständiges Profil behalten und wie ihre Zukunft im BLiQ genau aussehen wird.

Als ergänzende Frage: Laut der Qualitätsstrategie sollen die Fortbildungsangebote zur Leseförderung nach dem Sommer nicht mehr nur an den Startchancen-Programmschulen stattfinden, sondern an allen. Gibt es schon einen Plan, wie das vor allem personell am Ende passieren soll? Gibt es dafür eine höhere personelle Ausstattung, oder gibt es schon andere Überlegungen, wie das bewältigt werden soll? – Danke.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann hätten wir die Rednerliste erst einmal abgearbeitet. – Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Werte Abgeordnete! Ich würde versuchen, das, was ich mir notiert habe, abzuarbeiten. Ansonsten schaue ich mal nach hinten zu Frau Herpell, Herrn Textor und Frau Pîrjol. – Wenn ich etwas vergesse, schreien Sie bitte laut und ergänzen, und wenn ich etwas Falsches sage, noch mehr!

Die Qualifizierungslehrkräfte bekommen eine Stunde und eine halbe Stunde für jeden weiteren Lehramtsanwärter, den sie betreuen. Wen haben wir bereits darüber informiert? – Ich hatte mehrere Veranstaltungen beziehungsweise Videokonferenzen mit Seminarleitungen und Schulleitungen, und alle neu Einzustellenden werden ausführlich über die neue Form der Ausbildung beraten.

Dann komme ich gleich zu der Frage, wann die VSLVO fertig ist. Schnellstmöglich und rechtzeitig, habe ich gesagt. Mitte April ist sie fertig und geht in den LSB – Landesschulbeirat – und in die Verbände.

Zu den Unterrichtsentwürfen: Es ist unser Anspruch, diese zu entschlacken. Dazu können vielleicht Herr Textor oder Frau Herpell noch etwas sagen, dass wir diese Überlegungen haben, da pragmatisch vorzugehen.

Dann war die Frage, wie viele jetzige Hauptseminarleiter und dann Koordinatoren und jetzige Fachseminarleiter und dann Fachbegleiter es gibt. Wir haben jetzt 60 Hauptseminarleiter, und genauso viele Koordinatoren soll es geben. Wir haben jetzt 278 Fachseminarleiter, und es soll 279 Fachbegleiter geben. Die Qualifizierungslehrkräfte kommen on top dazu.

Eine unabhängige Beschwerdestelle: Darauf möchte ich gern antworten, dass wir seit letztem Jahr erstmalig eine Beschwerdestelle für die Lehrkräfte haben. Diese ist unabhängig, sitzt jetzt im Land Berlin, ich möchte das ganz deutlich sagen, und ist natürlich für alle Beschäftigten im Land Berlin. Da sind die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter nicht aufgenommen. Diese unabhängige Beschwerdestelle hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Kollegen sind schon in unterschiedlichen Formaten vorgestellt worden und haben eine hohe Reputation. Das ist unabhängig, sodass ich nur motivieren kann, wenn es Vorfälle gibt, diese Beschwerdestelle zu nutzen, in Anspruch zu nehmen und sich dort Gehör zu verschaffen.

Frau Kittler! Ihre Frage nach einer zentralen Steuerung gebe ich total gern an die Kollegin der GEW. Ich habe mich hier schon mehrmals dazu verhalten und finde das gar nicht so abwegig, aber ich weiß, dass eine zentrale Steuerung – Es gibt wahnsinnig viele Flächenländer in dieser Republik, die ihre Lehrkräfte zentral steuern. Der Stadtstaat tut es nicht. Wenn wir jetzt nach hinten zu den Anzuhörenden schauen, weiß ich nicht, ob das überall auf Begeisterung stößt. – [Regina Kittler (LINKE): Bei mir schon!] – Bei Ihnen schon. Dann würde ich sagen, diskutieren wir das vielleicht noch mal in einer separaten Runde, nicht wenn wir nur über die Referendare sprechen.

Ich kann Ihnen sagen, deswegen bin ich mit den Ausbildungsschulen gar nicht so konform, sondern wir haben auch tatsächlich – Wo ich Ihnen recht gebe, Herr Dürheide, ist, dass wir gute Ausbildungsbedingungen brauchen und dass vorher genau hingeschaut werden muss, dass das funktioniert. Da will ich Ihnen gar nicht gegen reden, aber wir haben natürlich auch Schulen, die vielleicht nicht per se von jedem Referendar als erste Wahl identifiziert werden. Wir beobachten aber, wenn wir trotzdem Referendare an diese Schulen vermitteln, dass es einen enorm hohen Klebeeffekt gibt. Das heißt – noch mal: wenn die Ausbildungsbedingungen stimmen –, dass die Referendare nach ihrer 18-monatigen Ausbildungszeit trotzdem sehr gern dort bleiben. Ich nehme da gern den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wir haben aber zum Beispiel in Spandau ein Modell gehabt, an einer Schule, wo niemand mehr hinwollte. Wir haben dort ein ganz neues Modell entwickelt – Herr Textor nickt schon –, wo wir eine größere Referendargruppe installiert haben, und sie bleiben jetzt alle dort. Es bleiben knapp zehn grundständig ausgebildete Referendare an einer Schule, an die niemand wollte. Das ist manchmal die Situation, die ich meinte: Dass man die Bedingungen schärfen muss, aber dass es nicht nur ausgewählte Ausbildungsschulen geben darf, sondern dass es uns gelingen muss, auch in den Kiezen und Regionen und vielleicht auch Schulformen die Voraussetzungen zu schaffen, dass gute Ausbildung erfolgen kann. Das streben wir damit an. Ich sage es noch mal: Es gibt eine neue Personengruppe, und Sie haben das anhand meiner Zahlen gerade gehört, die zusätzlich dazukommt, die es bisher in diesem Land nie gegeben hat. Ich teile, was Sie alle sagen: Ausbildung kann nur gelingen, wenn sie gut strukturiert ist.

Ich möchte noch etwas zu den zehn und zwölf Stunden sagen. Die zehn Stunden werden tatsächlich den Schulen angerechnet. Zwölf Stunden werden den Schulen nicht angerechnet. Wir können gern darüber reden, wie das in der VSLVO abgebildet ist. Wir können gern auch darüber reden, wie die Qualifizierungslehrkräfte in der VV Zumessung hinterlegt sind – ich glaube, Frau Brychcy war diejenige, die das angesprochen hatte –, denn natürlich ist auch mein Anspruch, dass diese zusätzliche Ressource den Referendaren und der Ausbildung zugutekommt und nicht für andere Sachen in der Schule genutzt wird. – So weit vielleicht von mir. Wenn ich etwas vergessen habe, ich schaue mal nach hinten –– Nicht. Ansonsten werden Sie wahrscheinlich noch mal nachfragen, und die Experten aus der Verwaltung sind mit dabei.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir jetzt erst mal zur Beantwortung der Fragen durch die Anzuhörenden. Wir starten mit Herrn Dürheide und gehen dann wieder in der Reihenfolge vor. – Bitte sehr!

Lennart Dürheide (Humboldt-Universität zu Berlin; Lehramtsstudent): Wir können das gern probieren. Ich habe bestimmt einige Fragen vergessen. – Ganz kurz zu dem, was Sie, Frau Senatorin, gesagt haben, dass Referendarinnen und Referendare nicht mit zwölf Stunden angerechnet werden: Das Problem ist, und ich habe Gespräche mit dem Verband der Schulleitungen, wenn eine Hospitationslehrkraft ausfällt, und wir wissen, in Berlin herrscht Notstand und es gibt keine anderen Lehrkräfte, dann wird nicht eine Extralehrkraft hingeschickt, sondern die Referendarin oder der Referendar wird dann vertreten, und so kommen dann die zwölf Stunden zustande beziehungsweise ist das unsere Befürchtung, denn soweit wir wissen, gibt es dafür keine rechtssichere Formulierung.

Was den Einsatz angeht: Wir haben mitbekommen, es ist zumindest so vorgesehen, mindestens fünf Stunden, und unsere Umfrage ist zwar nicht repräsentativ, aber Schulleitungen haben das auch bestätigt: Die werden überwiegend für acht bis zehn Stunden eingesetzt. Dann weiß ich auch nicht, wozu diese Formulierung „mindestens fünf Stunden“ dient, wenn schon vorgesehen ist, dass die Leute für mehr Stunden eingesetzt werden. Das wäre schon fair, das zu korrigieren, damit man damit planen kann.

Ausbildungsqualität, Bildungsqualität: Ich glaube, wir sprechen dabei wirklich über zwei komplett verschiedene Begriffe. Wie definieren wir Ausbildungsqualität? – Da gibt es bestimmte Indikatoren, das heißt: Wie viel Zeit habe ich dann dafür? Habe ich genug Zeit frei, also auch für Reflexion? Habe ich auch Zeit neben der Arbeit? Denn wenn ich zehn Unterrichtsstunden eigenverantwortlich eingesetzt werde und dazu noch zwei Vertretungsstunden für die Hospitationslehrkraft, die nicht da ist, dann habe ich keine Zeit für Reflexion und Zusatzarbeit zu Hause. Dann bin ich zu Hause, und ich bin total fix und fertig. Wenn die Halbseminare dazu noch halbiert werden, mit aller Kritik daran, was bisher war, glaube ich, hat man noch weniger Chance, das in der Gemeinschaft aufzufangen. Das heißt, da steigt natürlich die Belastung. Und klar, was Sie vorhin gefragt haben: Ist das kein Vorzeichen für Burn-out? – Absolut. Das sieht man, denn wir haben das Problem in Berlin, dass auch Lehrkräfte im Referendariat abrechen und andere in den ersten fünf Jahren – das ist die dritte Professionalisierungsphase, by the way – hinschmeißen. Das Problem ist schon groß, wir sehen das. Wir sehen das kommen, aber die Reform geht das nicht konkret an, sondern getrennt voneinander, leider Gottes.

Zu Ihrer Frage, Herr Krüger, zu Praxis und Professionsbezug: Ich glaube, es ist sehr wichtig, das zu betonen, denn das große Argument, das wir jetzt mitbekommen haben, auch von Herrn Hopp von der SPD, nämlich mehr Praxisnähe – Nun, Praxisnähe bei einem Mediziner, würde ich sagen, heißt nicht, nach dem ersten Semester direkt am Patienten zu operieren. Doch dieses Verständnis hat die Senatsverwaltung, dass man schon von Anfang an dort unterrichtet, bewertet und natürlich alle Pflichten und auch Rechte ausübt. Ich finde, das ist schon ein bisschen problematisch, denn das würde nicht zu unserem zweiten Begriff, Bildungsqualität, führen.

Da komme ich gern zu Ihrer Frage, Frau Vorsitzende: Wie habe ich das gemeint? – Mein Zitat war: Für mich bedeutet Bildung nicht nur einen Programmpunkt oder eine Überschrift für den Wählerfang, sondern für mich ist es Würde und Teilhabe, denn als ich meiner Mama mit 14 Jahren das Lesen beigebracht habe, konnte ich sehen, welche Kraft Bildung in Sachen Emanzipation hat. Mit Würde meine ich, tatsächlich auch unabhängig von meinem sozioökonomischen Status und Hintergrund die vollen Möglichkeiten zu haben, mich weiterzuentwickeln und das auch den Kindern anzubieten. Doch wenn wir die Ausbildungszeit für die Unterrichtsversorgung planen, das heißt, wenn ich nicht genug Zeit habe, mich auszubilden, weil ich nachher komplett fertig bin, dann kann ich den Kindern auch nicht die Bildungsqualität bieten, die sie verdienen, um das Beste aus sich zu machen. Das heißt, ich nehme dann in Kauf, dass ich mein ganzes Leben lang mit dem Argument oder mit der Aussage lebe: Man kann sie nicht alle retten. – Wissen Sie, Frau Vorsitzende, diese „nicht alle“ sind meist Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Milieus. Arbeiterkinder, Herr Hopp! Darin besteht für mich mein Anliegen, wenn ich sage, wenn wir Bildungsqualität sichern wollen, dann haben wir sie erst gesichert, wenn alle Arbeiterkinder dieselben Chancen haben wie die Kinder, die gut aufgestellt sind, denn gut aufgestellte Haushalte können Bildung nachkaufen, Arbeiterkinder können das nicht. Die meisten Eltern wissen nicht mal, an wen sie sich wenden sollen.

Zur unabhängigen Beschwerdestelle: Frau Senatorin, Sie haben gesagt, die gibt es schon, aber wir finden sie gar nicht wirklich unabhängig – das erzähle ich Ihnen gern –, wenn sie durch ehemalige Aufsichtsbehörden oder Beamte der Aufsichtsbehörden besetzt ist. Das ist unsere Kritik. Diese Kritik hat in der Senatsverwaltung an einem anderen Ort schon stattgefunden. Das heißt, Unabhängigkeit bedeutet für uns nicht, das System kontrolliert sich selbst, sondern Unabhängigkeit besteht dahingehend, dass es gar nicht Teil des Systems ist, sondern außerhalb.

Was gab es sonst noch für Fragen? – Der Verband der Schulleitungen hat es bestätigt. Er sieht keine andere Möglichkeit, wenn da keine Formulierung drinsteht, dass sie nicht für zehn Stunden eigenverantwortlich eingeplant werden dürfen. Wenn da keine Abstufung drinsteht, dann werden sie von Anfang an, sobald es nötig ist, für zehn Stunden eigenverantwortlich geplant. Das bereitet uns große Sorgen, auch im Studium, denn wir wissen, wie wenig das Studium auf den Beruf vorbereitet. Da kommt das Stichwort Verzahnung der Ausbildungsphasen, das heißt, wenn wir eine Reform ernsthaft planen, Herr Hopp, dann müssen wir alle Ausbildungsphasen miteinander in den Blick nehmen, wie die Reform die Ausbildungsphasen in Abhängigkeit voneinander bedingen und beeinflussen.

Abwanderungspläne gab es, und die wird es weiterhin geben. Es ist Natur der Sache, wenn Unsicherheit herrscht, dass mehr Leute sich überlegen, woandershin zu gehen. Ob ich ein anderes Land kenne, wohin ich gern gehen und wo ich mich ausbilden lassen würde: Darauf

will ich keine Antwort geben. Ich möchte gern in Berlin bleiben. Berlin hat mir auch viel gegeben, und ich will etwas zurückgeben. Deshalb ist es erst mal die Frage, in Berlin zu bleiben und das Beste daraus zu machen. – Überlastungssituation: Das ist schon bekannt. Das müssen wir nicht wiederholen.

Praxissemester: Da werden die Grundlagen gelegt. Ich kenne das auch von vielen Studierenden. Wenn eine Lehrkraft ausgefallen ist, dann mussten sie natürlich vertreten. Das freut natürlich Studis total, aber ist das die Bildungsqualität, die wir meinen? – Ich glaube kaum.

Wenn wir jetzt schon sehen – – Wir haben Lehrermangel. Sie sind aktuell echt nicht um Ihren Job zu beneiden, Frau Senatorin. Wenn aber jetzt schon Studierende unterrichten dürfen, dann ist klar, dass wir da nicht von Bildungspolitik reden können. Die PISA-Studie, die IGLU-Studie, eigentlich alle Studien zeigen, dass die Bildungsqualität immer schlechter wird. Da können wir nicht mit einer Reform kommen, die nicht zu Ende gedacht ist, und meinen, das ist die Lösung für Bildungsqualität. Das bezweifle ich. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Dürheide! – Dann machen wir weiter mit Frau Hoffschildt. – Bitte sehr!

Nele Hoffschildt (GEW Berlin): Ich kann mich auf jeden Fall vielem anschließen, was mein Vorredner gesagt hat. Ich versuche, mich kurz zu halten bei den vielen Fragen. Ich versuche mal zusammenzufassen.

Ich wurde gefragt: Wie sieht es denn aus? Der Umfang des eigenständigen Unterrichts in Berlin ist immer noch niedriger als in anderen Bundesländern. Warum kann man das denn nicht vergleichen? Ist es trotzdem gerechtfertigt zu fordern, dass diese Erhöhung nicht stattfindet, oder gibt es andere Bundesländer, die es besser machen? – Ich glaube, wir merken gerade in dieser Diskussion, dass es ein äußerst komplexes Thema ist, das nicht nur mit ein paar Zahlen beantwortet werden kann. Wenn wir uns anschauen, mit welcher Stundenanzahl Referendarinnen und Referendare in anderen Bundesländern eingesetzt werden, müssen wir uns eben auch anschauen, was dort die Rahmenbedingungen sind. In anderen Bundesländern gibt es eine Phasierung, das heißt, es gibt weniger selbstständigen Unterricht, wenn das Referat beginnt, und es gibt später mehr selbstständigen Unterricht. Es gibt schon länger Mentorinnen und Mentoren, die mit mehreren Anrechnungstunden fest eingeplant sind, die sich eben nicht um 15 neue Lehrkräfte an der Schule kümmern, sondern vielleicht nur um drei Referendarinnen und Referendare. – Das ist die eine Sache.

Wenn wir schon Bundesländer vergleichen, könnten wir uns auch mal anschauen, wie es mit der Besoldung aussieht. Berlin hat mit die höchsten Lebenshaltungskosten. Warum passt sich die Besoldung dem nicht an? Berlin hat eine hohe Belastung, was die Schülerinnen- und Schülerschaft angeht. Wir haben sehr viele Schülerinnen und Schüler aus sozioökonomisch schwachen Haushalten. Natürlich belastet das die Lehrkräfte zusätzlich. Auch das müssen wir im Blick behalten. Wenn wir uns die Frage stellen, ob es andere Bundesländer gibt, die es besser machen: Ich glaube, da kann man nicht pauschal Ja sagen. Es gibt viele Aspekte, die in anderen Bundesländern besser funktionieren, und es gibt Aspekte, die jetzt teilweise in Berlin eingebunden werden, was sehr lobenswert ist. Es gibt sicherlich auch Aspekte, die hier in Berlin schon besser laufen als in anderen Bundesländern. Das muss man sehr differenziert betrachten.

Dann gab es die Frage: Fühlen wir uns mit ausreichend Vorlauf informiert? – Ich glaube, die Frage hat sich heute ein bisschen geklärt. Ganz klare Antwort: Nein! Ich bekomme es in der Beratung mit. Ich bekomme es von meinen Kolleginnen und Kollegen mit. Ich bekomme sehr viele Fragen. Ich kann wenig konkrete Antworten darauf geben. Ich muss eigentlich immer vertrösten: Na ja, da steht noch nichts fest. Das kommt vielleicht bald –. Was ich im letzten halben Jahr erlebt habe an – – Es wurde Leuten ein Maulkorb auferlegt, weil die Informationen bloß nicht nach außen geraten sollten. Dadurch entstand eine wahnsinnige Unsicherheit. Das kann ich ganz klar sagen: Die Informationslage war schlecht.

Die Arbeitsbelastung in der Praxis: Ich bin jetzt schon ein Jahr aus dem Referendariat raus, kann aber berichten, sie ist auf jeden Fall da. Ich war auch damals, in meinem Referendariat, Vorsitzende des Personalrat der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter und habe auch da in der Beratung natürlich mitbekommen, dass es Leute gibt, die schon mit vielen Stunden eingesetzt wurden, die aufgrund der Belastung das Referendariat abgebrochen haben, die aufgrund der Belastung gesundheitliche Probleme hatten. Es gab eine Multikohortenstudie. Ich weiß nicht, wie bekannt die Ergebnisse hier sind, die ergeben hat, dass die Belastung sehr hoch ist. Wirklich eine Reaktion darauf gab es nicht. Die einzige Reaktion war, die Stundenzahl noch weiter zu erhöhen.

Referendarinnen und Referendare werden als voll ausgebildete Lehrkräfte eingesetzt. Damit meine ich: Die Anzahl, die sie maximal arbeiten dürfen, werden sie selbstständig eingesetzt. Es bleibt keine Zeit für tatsächliche Ausbildung. Man könnte natürlich den Wunsch hegen, dass sie das dann on top machen sollen, also sie arbeiten ihre zehn Stunden, und dann können sie vielleicht noch vier Stunden zusätzlich von ihrer Zeit nehmen. Dabei wird aber gern vergessen, welche Zusatzaufgaben Referendarinnen und Referendare noch haben, Stichwort Unterrichtsentwürfe.

Die Abwanderung: Was ist unsere Wahrnehmung? – Ich arbeite mit Matthias Jähne aus der GEW zusammen, der wirklich aktuell den ganzen Tag am Telefon und vor den E-Mails hängt, der wahnsinnig viele Fragen zum neuen Referendariat bekommt, und sehr viele sagen: Okay, ich warte erst mal ab, bis da irgendetwas feststeht. Entweder ich verschiebe mein Referendariat um ein Jahr, oder ich gehe in ein anderes Bundesland, wo die Umstände vielleicht seit Jahren schon feststehen. Ja, vielleicht muss ich dann meine Wohnung aufgeben, aber immerhin weiß ich, was mich erwartet. – Das heißt, Abwanderung ist auf jeden Fall eine realistische Gefahr.

Die Einbindung der Betroffenen bisher: Der Personalrat der Lärmmamtsanwärterinnen und -anwärter wurde in kleinen Fachgruppen eingebunden. Darum mussten sie sehr kämpfen. Die GEW hat mehrere Fachtage veranstaltet, bei denen aber auch wieder das Problem bestand, dass die dort Teilnehmenden nur vage Informationen hatten oder Informationen nicht teilen durften. Auch da haben wir also wieder das Informationsproblem. Ich verstehe, dass es schwierig ist, viele Leute einzubinden, aber natürlich müssen wir die Leute fragen, die betroffen sind, denn das sind die Leute, die wahrscheinlich wissen, wie es besser gehen würde: nicht von oben auf etwas herabschauen, sondern mal die Basis befragen.

Ich wurde zur Willkür der Fachseminarleitungen gefragt, was genau ich da meine. Ich wurde gebeten, das zu konkretisieren. Auch da habe ich viel Erfahrung aus der Beratung. Zum Bei-

spiel gab es Fachseminarleitungen, die nicht selbst Unterricht gezeigt haben. Es gab Fachseminarleitungen, die kein Teamteaching angeboten haben, kein kollegiales Coaching. Es gab Fachseminare, in denen die Fachseminarleitung im ersten Seminar geredet hat und dann nie wieder und die Inhalte von den LAA erarbeitet wurden, und zwar nicht nur Fachseminare, sondern auch allgemeine Seminare, in denen das der Fall war. Es gab teilweise extreme Aufgabenumfänge bei Abwesenheit vom Seminar, also Nacharbeitungsaufgaben, die sich in ihrem Umfang stark unterschieden haben. Die Unterrichtsentwurfslänge ist komplett willkürlich. Es gibt Seminare, wo man von Anfang an 30 Seiten schreiben muss. Es gibt Seminare, da schreibt man bis zum letzten Unterrichtsentwurf Kurzentwürfe. Auch da gibt es keine feste Vorgabe, sondern eher Richtlinien, an die sich aber niemand halten muss, ebenso wie bei der Kulanz, zum Beispiel beim Wunsch nach Seminar- oder Schulwechsel oder dem Wunsch: Können Sie mich bitte unterstützen? Ich arbeite an meiner Schule von Anfang an zehn Stunden. Ich weiß aber noch gar nichts über diesen Beruf. Ich würde gern weniger arbeiten. – Also auch bei den Ausbildungs Koordinatorinnen und -koordinatoren in Zukunft gibt es eine Willkür, wie kulant diese mit ihren LAA umgehen.

Ich glaube, zur Überlastungssituation habe ich schon einiges gesagt. Ja, man kann es als Grundlage für das Burnout sehen. Vor allem aber sehe ich bei Arbeitsbelastung keine Ausbildung mehr gegeben: Wenn ich zu viel arbeite, gibt es wenig Zeit, das Ganze zu reflektieren und mich tatsächlich weiterzubilden.

Beim Praxissemester kann ich mich anschließen. Auch da gibt es teilweise Willkür. Manche Schulen gehen auch mit diesen Lehrkräften wie mit billigen Arbeitskräften um und weniger mit Auszubildenden. Ich würde jetzt auch noch anhängen: Das Praxissemester kommt relativ spät im Master. Viele entscheiden sich während des Praxissemesters: Ich merke, dieser Beruf ist doch zu anspruchsvoll, ich möchte etwas anderes machen. – Das ist nach vier Jahren Studium doch relativ spät.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank Ihnen! – Dann machen wir weiter mit Frau Vollmerhaus.

Lilith Vollmerhaus (PR LAA): Auch ich kann mich vielen Dingen anschließen. Ich würde einmal kurz die erste Frage nach der Information beantworten. Sie hatten gefragt, ob ich mich genügend informiert fühle, und ich als Lehramtsanwärterin, die noch unter der alten VSLVO studiert, weiß ehrlich gesagt nicht genau, wie das aussieht, wenn dann die Seminare nur noch zweiwöchentlich stattfinden. Ich habe darüber noch keine Informationen. Ich würde mir das wünschen, gerade weil es in meinem dritten Halbjahr passiert, wo ich mich auch auf das Staatsexamen vorbereite, wo durchaus viel Stress ist. Die kurze Antwort wäre also nein.

Herr Hopp, Sie hatten, glaube ich, gefragt, inwiefern wir das Gefühl haben, dass unsere Wünsche mit einbezogen werden. Jetzt bin ich erst seit Dezember im Personalrat. Das ist immer eine einjährige Periode. Ich kann nach dem Austausch mit vorherigen Personalratsmitgliedern auf jeden Fall sagen, dass es ein bisschen zwiespalten oder ambivalent ist. Man wird schon gehört, aber ich habe das Beispiel aufgeführt, dass der Wunsch nach den Hospitationsstunden anders erfüllt wurde. Die klare Forderung war eigentlich eine andere, und dann finde ich es zumindest unfair, davon zu sprechen, dass man diesem Wunsch nachgekommen wäre. Man müsste zumindest sagen, es war ein Versuch, das zu etablieren. Ich persönlich sehe jetzt schon, dass ich mir mehr Einbezug wünschen würde. Die Meinung wird angehört, auch heute

hier, deswegen freue ich mich so, hier zu sein, aber teilweise hat man auch das Gefühl, sie wird nicht übermäßig einbezogen. Ich habe bewusst versucht, ganz konkrete Vorschläge zu nennen, weil ich nicht das Gefühl habe, dass konkrete Vorschläge wirklich gehört werden. Es wird oft nach der Meinung gefragt und nach dem Empfinden. Ich glaube aber, dass wir auch als studierte Personen und als Personen, die diesen Alltag erleben, vielleicht in der Lage wären, konstruktive Vorschläge zu machen, und ich würde mir wünschen, dass die Gehör finden.

Noch einmal ganz kurz zu dem Beispiel der Praxisnähe: Wie gesagt, es muss sich zeigen, wie das jetzt umgesetzt wird, aber es war auf jeden Fall nicht der Wunsch, dass das Seminar nur noch alle zwei Wochen stattfindet. Es ging vielmehr um eine Vereinheitlichung, um Qualitätsstandards, die ein Mindestmaß an Ausbildungssicherung beinhalten, weil es so wahnsinnig unterschiedlich ist, je nachdem. Ich möchte gar nicht die Qualität der Seminarleitenden infrage stellen. Das führt mich auch zu der Frage nach dem Machtmonopol. Manchmal passt es auch nicht. Manchmal komme ich vielleicht mit dem Stil nicht klar. Irgendetwas passt für mich nicht. Es wird aber wahnsinnig schwer gemacht, das anzupassen: Maximal einen Seminarwechsel darf man machen, das darf nur im ersten Halbjahr passieren und so weiter. Es gibt also relativ viele Dinge, die das schwierig machen. Speziell die allgemeine Seminarleitung beziehungsweise in Zukunft dann Qualifikationskoordinierungskraft wirkt sich insofern aus, als dass ich, wenn ich wirklich ein Problem mit einer Person habe, aus welchem Grund auch immer, dann zu dieser Person gehen und darum bitten muss, dass sie mir doch bitte erlaubt, dass ich zu jemand anderem komme. Das empfinde ich als Hürde oder Schwelle. Diese macht es nicht nur wahnsinnig unangenehm, sondern sie macht es wirklich schwierig zu wechseln, denn alle Seminarwechsel müssen, Stand jetzt, von der aktuellen Seminarleitung oder allgemeinen Seminarleitung bewilligt werden.

Zur Anzahl der Stunden: In der VSLVO ist es so verortet, dass die Anzahl der Stunden des eigenständigen Unterrichts eigentlich von der allgemeinen Seminarleitung festgelegt werden, und das soll nach dem Kompetenzstand erfolgen. Jetzt ist es so: Wenn man wirklich voll eingesetzt wird, kann man zur allgemeinen Seminarleitung gehen. Diese geht dann wiederum zur Schulleitung und sagt: Moment mal, ich glaube nicht, dass das jetzt schon so richtig ist. – Zum einen kann man da aber bedauern, dass das ein Prozess ist, den man sich erst mal – – Je nachdem, wie hinterher die allgemeine Seminarleitung ist, aber auch rein zeitlich ist es schwierig, weil es so wahnsinnig schleppend passiert. Dann ist es gut, dass es nicht die Schulleitung ist, die das entscheidet, denn, das wurde schon mehrfach erwähnt, diese sind teilweise gezwungen, die Referendarinnen und Referendare so einzusetzen, wie sie es tun. Das ist ja nicht so, weil sie das besonders gut finden. Je nachdem, ob man mit dieser allgemeinen Seminarleitung klarkommt, ist es sehr unterschiedlich. Ich persönlich will mich darüber gar nicht beschweren, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich innerhalb der Beratungsfälle, die man im Personalrat mitbekommt, durchaus große Schwierigkeiten wahrnehme, und das hängt sehr von den Personen ab.

Ich will noch mal kurz auf die Belastung eingehen. Auch hier kann ich persönlich mich nur so halb beschweren. Ich habe selbst als PKB-Kraft, als Lehrkraft ohne vollständige Lehrbefähigung, gearbeitet, und das an einer tollen Schule, an der ich jetzt auch glücklicherweise im Referendariat bin, also überwiegend. Da wurde ich im Teamteaching eingesetzt. Ich wurde nicht allein gelassen. Ich hatte sicherlich auch herausfordernde Situationen, aber ich durfte schon ganz viel Erfahrung sammeln. Das heißt, ich stehe mit einem anderen Hintergrund vor der Klasse, wenn ich da vorgesetzt werde. Das ist wirklich eine tolle Schule. Ich werde dort

wunderbar betreut. Sie machen das mit ganz viel Engagement irgendwie möglich. Da bin ich aber nun mal leider eine Ausnahme. Ich sehe das in der Beratung viel, und mir macht Sorgen, dass die Konsequenz des Alleinlassens, und das passiert –– Unabhängig davon, wie viel das passiert, ist die Konsequenz einfach, dass die Kinder und die Jugendlichen darunter leiden. Das ist schon eine hohe Verantwortung, die man hat. Ich will es nicht mit der Medizin oder irgendetwas vergleichen, aber es ist eine hohe Verantwortung, die wir da haben. Das sind Schutzbefohlene.

Zum Praxissemester: Auch hier hatte ich eine tolle Schule. Sehr gestresst hat mich, dass ich da anderthalb Stunden hinfahren musste, weil es eine Zuteilung ist. Ich würde insgesamt auch sagen, dass es sehr spät im Studium kommt. Ich finde, es ist nicht genug Praxis, und ich habe tatsächlich auch viele Kommilitoninnen und Kommilitonen gehabt, die danach gesagt haben: Nein, eigentlich will ich gar nicht Lehrkraft werden. – Das ist wahnsinnig schade, und ich frage mich, ob sich das ändern würde, wenn die Praxis ein bisschen sukzessive herangeführt würde.

Dann möchte ich noch zuletzt das Beispiel aus dem anderen Bundesland –– Da haben Sie tatsächlich einen ganz schönen Punkt bei mir getroffen. Ich habe einen Kollegen, der sein Referendariat in NRW absolviert hat, und der hat von ABBA erzählt, nicht der schwedischen Band, sondern vom Ausbildungsbegleitenden Beratungsangebot, das er dort erfahren hat. Das heißt, er hatte eine Anrechnungsstunde in seinem Referendariat, und alle zwei Wochen gab es eine Doppelstunde, wo alle Referendarinnen und Referendare der Schule zusammenkamen mit einer dafür abgestellten, dafür Anrechnungsstunden bekommenden Lehrkraft, die dann zum Beispiel eingeführt hat: Was ist denn hier der Hort? Was ist an unserer Schule besonders? – und so weiter, und all diese Fragen klären kann, die sonst nur schwer aufgefangen werden können von zentralen Stellen wie dem BLiQ, also schulspezifische Fragen. Ich finde, dass die Qualifizierungslehrkräfte dafür ganz viel Potenzial haben, glaube aber, dass das nur funktioniert, wenn das wirklich festgehalten und gesichert wird. So etwas wie die Verbindung der Hospitationsstunden, die jetzt erhöht wurden, mit diesen Entlastungsstunden, die die Qualifizierungslehrkräfte kriegen –– Wenn das irgendwie festgesetzt werden kann, dass das gesichert ist, dann sehe ich da ganz viel Potenzial. Das würde ich mir wirklich wünschen. Auch das sage ich als Person, die ihre Schule schon vor dem Referendariat kannte. Ich beantworte das nur halb gerne, weil ich kein gutes Negativbeispiel bin. – Gut.

Um das aber vielleicht auch noch kurz zu sagen: Wenn diese Auswertungsstelle nicht so einfach zu erreichen ist, frage ich mich ein bisschen, ob das nicht so eine Verantwortungsver-schiebung ist, dass die Leute, die von Ungerechtigkeiten betroffen sind, sich darum kümmern müssen, dass sie das irgendwo melden dürfen. Ich frage mich, ob es nicht im Sinne des Qualitätsmanagements bei dieser Reform sinnvoll wäre, eine flächendeckende allgemeine und anonyme Evaluation zu etablieren, die dann so ausgewertet wird, dass es eine adäquate Nachsteuerung geben kann. Ich glaube, das wäre sehr wichtig. Ich möchte gar nicht komplett gegen diese Reform wettern. Ich habe jetzt viele Kritikpunkte genannt. Ich sehe aber Potenzial. Ich glaube aber, in jedem Fall, bei jeder Veränderung, muss man nachsteuern, und dafür muss es vernünftig ausgewertet werden.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke sehr! – Herr Ziegenhagen, bitte sehr!

Jörg Ziegenhagen (bak, Landesverband Berlin): Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob ich noch alle Fragen gegenwärtig habe. Zunächst mal ganz kurz eine ganz formale: Die Information des Verbandes und auch der Seminarleitungen lief wahrscheinlich besser als die der Lehramtsanwärter. Wir haben schon das Gespräch gesucht und dann auch Informationen bekommen. Das Problem war eher, dass auch die Verwaltung nicht immer genau wusste, welches Konzept in welcher Form überhaupt verwirklicht wird. Das ist ein langer Prozess. Wir sind vor drei oder zweieinhalb Jahren, glaube ich, gestartet, und es gab ganz viele Änderungen in diesem Konzeptionellen. Sie haben das genannt mit den Fachseminarleitern, die hier waren. Die waren nicht da, weil sie das nicht wollten, was jetzt passiert, sondern das, was vorher angedacht war.

Das heißt, es war ein langer Prozess, bis sich die Strukturen herauskristallisiert haben, die wir jetzt haben. Das ist meine Wahrnehmung, auch als Verband, bezogen auf diejenigen, die momentan im System sind. Das ist natürlich auch eine Hypothek, dass da so viel Unsicherheit und andere Pläne im Raum waren, die Befürchtungen erzeugt haben, die sich aber jetzt an bestimmten Stellen gar nicht mehr so zeigen, wie sie ursprünglich mal da waren. Das heißt, da ist in der Tat bei den Qualifizierenden, die im Berliner System, im Vorbereitungsdienst, aber auch unter den Fort- und Weiterbildnern waren, natürlich Unsicherheit entstanden. Das ist ein Vertrauensverlust. Die gilt es jetzt zurückzuholen. Aus unserer Sicht nehmen wir das schon wahr. – Das ist das eine.

Das andere ist: Ich habe vorhin so ein bisschen leichtsinnig „Ausbildungskultur“ gesagt. Was wir hier gehört haben, sind ganz oft Aspekte, die für eine mangelnde Ausbildungskultur sprechen. Das ist aus unserer Sicht als Verband oft ein Stück systembedingt. Es ist gar nicht so sehr abhängig – – In Brandenburg haben wir zwölf Monate und nur Anliegenorientierung. Da finden kaum Seminare statt. In Bayern haben wir das Seminarschulprinzip. Dort findet ein halbes Jahr alles an einer Schule statt, und dann gehen die aufs Land, nach Pfronten, sonst wo, sind dort allein, werden zweimal besucht und kommen nach einem halben Jahr wieder zurück. Das heißt, es gibt eine Riesenbandbreite, wie Menschen qualifiziert werden, Lehrer zu werden. Das sind die Strukturen. Deshalb habe ich vorhin in meinem Eingangsstatement gesagt, eigentlich ist wichtig, welche Vorstellung wir davon haben, wie Lehrkräfte professionalisiert werden und wie wir diese Veranstaltungen ausrichten, gar nicht so sehr, welche Strukturen da eine Rolle spielen.

Dazu gehört natürlich auch, dass die strukturelle Gewalt, die im Referendariat ja verankert ist – – Da gibt es Leute, die beraten, sagen, wo es langgeht, machen Prüfungen und so etwas, sagen also: Du bist geeignet, du bist nicht geeignet. – Das hat etwas damit zu tun. Das sind schon Machtgefälle, die da eine Rolle spielen. Dass wir uns diese in der Tat bewusst machen, gehört zum Lehrerwerden dazu. Im Übrigen betrifft das auch Lehrer, die mit Schülern umgehen. Das hat also nicht nur etwas mit Lehrkräftelernen zu tun, sondern das hat auch etwas mit Schülerlernen zu tun. Auch die Schule agiert oft so. Das muss auch Thema von Lehrkräftebildung sein. Wir haben drei Ebenen, auf der sich Qualifizierung abbildet. Die eine ist das Schülerlernen, die nächste ist das Lehrkräftelernen und dann, dafür bin ich zuständig, das Lernen derjenigen, die Lehrkräfte qualifizieren. Das ist die oberste Ebene. Auch da braucht es eine Ausbildungskultur, wo jetzt die Chance besteht, die so zu etablieren, dass wir solche Machtstrukturen ein Stück weit herausnehmen, weil Qualifizierungsprozesse dann besser laufen. Das sagt auch die empirische Schul- und Professionsforschung. Ich bin hier in einem politischen Gremium. Das ist etwas, das mittelfristig läuft. Man kann nicht sagen: Wir setzen jetzt

neue Module in Kraft, und zum 1. August oder 1. September ändert sich alles. – Nein, das ist etwas, das mit Haltung zu tun hat. Das heißt, diese Kultur muss sich über diese Module langsam umsetzen. Diese Variante muss dort angelegt sein, damit sie dann über Bande auch irgendwann in den Schulen ankommt. Das heißt, das sind wirklich mittelfristige Prozesse.

Ich plädiere dafür, dem BLiQ an der Stelle Zeit zu geben. Das dauert ein bisschen. Wichtig ist, dass der Weg gegangen wird und dass auch die Richtung klar ist. Das fordern wir als Verband auch ein. Wir brauchen jetzt diese Richtung, um diese Ausbildungskultur – – Man kann das definieren, was das sein kann, professionswissenschaftlich und evidenzbasiert, das ist ja das Zauberwort momentan, und das ist aus meiner Sicht völlig legitim. Wenn wir das hinkriegen, dann bestehen aus Sicht des Verbandes Chancen, die ganzen Aspekte, die heute eine Rolle spielten, wirksam zu machen, und zwar auch mit den Leuten, die im System sind. Natürlich, das geht nicht anders.

Ich weiß nicht, habe ich noch etwas vergessen? Das war jetzt eher ein Appell. Gab es noch eine Frage? – [Zuruf von Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)] – Das ist schwer. Da könnte man eher die internen Strukturen befragen. Ich schaue ja von außen darauf. Ich weiß, dass die Module fertig ausgearbeitet sind, und die Qualifizierung der Qualifizierenden läuft jetzt an. Da würde ich aber immer sagen als Verband – – Wir qualifizieren gerade erst einen Teil unserer Mitglieder in Kassel, zum einen mit der Carola Junghans. Sie machen eine Qualifizierung über drei Tage. Ich will damit sagen, das ist etwas, das rollierend passieren muss. Das kann man nicht einmal machen, sondern man muss jetzt ein System aufsetzen, das immer wieder zwischendurch neue und alte Mitarbeiter weiterqualifiziert, damit eine Nachhaltigkeit in dem System entsteht. Das hatten wir im alten System in Berlin so nicht, kann ich sagen. Wenn das BLiQ das schafft, dann kann es sein, dass sie zum 1. September, wenn ich die Kohärenz und die Ausbildungskultur auf einer Skala von eins bis zehn bewerte, vielleicht noch nicht bei acht oder neun sind, sondern vielleicht erst bei fünf oder sechs. Ich will sagen, Bildungsprozesse, auch Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsprozesse, brauchen Zeit. Das ist der Appell, den ich an der Stelle habe. Ich bin selbst fast 40 Jahre Lehrer gewesen, davon 20 Jahre in der Lehrerausbildung, habe immer unterrichtet, alles Mögliche gemacht. Das ist etwas aus meiner Erfahrung. Die neuen Rahmenlehrpläne haben auch Zeit gebraucht, um in den Schulen anzukommen und von den Lehrkräften, so, wie ich es vorhin beschrieben habe, umgesetzt zu werden. Die müssen adaptiv – – Die müssen verstanden und in eine Haltung aufgenommen werden. Wollen und Werten sind Haltung. Das muss alles ankommen. Das sind die Stellschrauben, die schwierig sind. Ihre Stellschrauben sind leichter zu drehen, sage ich einfach mal, denn man kann etwas in Kraft setzen.

Wie es dann aber in den Köpfen, in den Herzen und in den Schulen ankommt, ist die andere Seite. Dafür braucht es jetzt aber in der Tat die Fachseminarleitungen. Diese müssen überzeugt werden. Sie dürfen eben nicht so agieren, wie Sie es beschrieben haben. Dafür braucht es die Seminarleitungen. Diese müssen entsprechend agieren. Da braucht es vor allen Dingen – aus meiner Sicht ist das eine richtig gute Sache – auch die Qualifizierungslehrkräfte vor Ort, denn das ist etwas, das wir in Berlin in den letzten 20 Jahren vermisst haben. Die gab es vor 20 Jahren schon mal, Mentorenschaft. Sie ist im Zuge des großen Lehrkräftemangels versickert. Das ging gar nicht mehr anders.

Eine Zeit lang hatten Schulen einen Überhang. Man mag das heute kaum noch glauben. Damals gab es Mentoren an den Schulen. Diese gibt es aber seit langen Jahren nicht mehr. Daher ist das etwas, das mal da war, aber weg ist. Das wäre jetzt die Chance, das auch vom BLiQ her zu installieren und zu einer besseren Ausbildungskultur zu kommen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Ziegenhagen! Waren Sie fertig?

Jörg Ziegenhagen (bak, Landesverband Berlin): Ich bin fertig, ja, es sei denn, Sie haben noch Fragen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Okay! Ich wollte nur noch mal nachfragen, ob ich das richtig interpretiert habe. – Vielen Dank!

Dann schlage ich vor, dass wir die Punkte 3 a, 3 b und – – Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): Erst mal habe ich das Gefühl, dass unsere Fragen zum BLiQ noch nicht beantwortet wurden, ich will gar nicht mal sagen, nicht vollumfänglich, sondern gar nicht, also die Fragen: In welcher Aufbauphase befindet sich das BLiQ? Kann dort eigentlich schon alles abgebildet werden? Alle diese Fragen wurden nicht beantwortet. Ich würde darum bitten, dass das noch passiert.

Zweitens eine Anmerkung, weil die Senatorin gesagt hat, die Anzahl der Qualifizierungskordinatorinnen und -koordinatoren würde gleich bleiben: Sie hat aber unterschlagen, dass diese zukünftig nicht mehr bis zu 50, sondern bis zu 60 Lehramtsanwärterinnen und -anwärter betreuen. Da hat sich also schon etwas verändert.

Ein bisschen grundsätzlicher möchte ich aber noch mal fragen: Wir haben jetzt von den Anzuhörenden viel gehört. Es ging um Abwanderungen, Unsicherheit, Vertrauensverlust, Unklarheiten, die weiterhin bestehen, konkrete Vorschläge, die nicht aufgenommen wurden, dass eine Richtung definiert werden soll. Vor diesem Hintergrund möchte ich schon noch mal fragen, ob Sie es wirklich für realistisch halten, diesen Vorbereitungsdienst zum nächsten Schuljahr in der Form zu starten, was Sie aus der Anhörung hier mitnehmen, ob es etwas gibt, von dem Sie sagen, das würden Sie noch anpassen wollen, und wenn ja, ob Sie es für realistisch halten, das in dieser gegebenen Zeit umzusetzen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Frau Senatorin, ich hatte Sie gefragt, welche Entlastung denn den Referendarinnen und Referendaren in Bezug auf die Vor- und Nachbereitung von Stunden zuteilwird, damit sie nicht in diesem Umfang wie bisher als Prüfungsstunden so viel Arbeitszeit verbrauchen.

Die zweite Sache: Ich habe natürlich nicht bloß nach einer zentralen Steuerung für die Verteilung von Referendarinnen und Referendaren gefragt, sondern auch nach der von Lehrkräften.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Burkert-Eulitz!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Als diejenige, die auch zum BLiQ gefragt hat: Die Leiterin ist ja da. Wie ist der Stand? Kann das BLiQ ab September garantieren, dass alles reibungslos läuft? Klar, wenn man etwas Neues startet, gibt es auch immer ein paar Probleme, aber sind alle Voraussetzungen geschaffen, personell, ressourcenmäßig, an Verfahren – die sind noch nicht mal veröffentlicht, die Qualifizierungen haben noch nicht stattgefunden –, dass verantwortungsvoll ab September für dieses Referendariat der Hebel mit einem Mal komplett umgelegt wird? Dieses Statement möchte ich heute hier haben, damit auch in der Öffentlichkeit klar ist, wer die Verantwortung trägt, wenn das Ganze crasht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So, damit schließe ich dann die Rednerliste, denn wir haben noch weitere Tagesordnungspunkte. – Aber zur Beantwortung, Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich möchte auch noch mal Frau Vollmerhaus danken, dass Sie das sehr konstruktiv dargestellt haben. Es gibt mit Sicherheit positive Ansätze, und es gibt Ansätze, die müssen sich bewähren, oder da muss noch mal genauer hingeschaut werden. So ist das nämlich immer, wenn man Dinge neu macht oder verändert.

Ja, der Start wird zum kommenden Jahr stattfinden. Das ist so, das habe ich auch immer gesagt. Wir starten jetzt zum April mit der Qualifizierung der Qualifizierungslehrkräfte. Wir müssen natürlich jedes Jahr schauen, Herr Krüger – übrigens war das auch vorher unter Ihrer Verantwortung, als Sie die Regierung gestellt haben, so –, wie viele Referendare wir einstellen. Das sind dann tatsächlich auch dynamische Prozesse, sodass wir vielleicht auch während des Schuljahres 2026/2027 weiter qualifizieren, weil sich Quantitäten natürlich verändern.

Für mich ist wichtig, dass wir jetzt eine Kohorte in den Blick nehmen. Wir haben einen Einstellungsbedarf. Wir haben im Landesinstitut jetzt die Quantitäten geschaffen, um dort zu starten. Wir haben das Qualifizierungsmodul für die Qualifizierungslehrkräfte aufgestellt, und genau darum geht es. Das BLiQ allein – und da danke ich Herrn Ziegenhagen – verantwortet nicht das Gelingen des Referendariats. Sie haben es doch gerade gehört: Wir können noch so sehr qualifizieren, wenn sich das Mindset vor Ort nicht ändert. Frau Vollmerhaus hat den Kollegen aus NRW erwähnt. Natürlich stelle ich mir das so vor, dass Qualifizierungslehrkräfte vielleicht so eingesetzt werden, wie Sie es beschrieben haben. Das hängt auch davon ab, wie viele Referendare an einer Schule sind. Es gibt Schulen, die haben einen Referendar, und es gibt Schulen, die haben 13 Referendare. Da muss natürlich ein Schulleitungsteam vor Ort schauen, wie es dann mit diesen Ressourcen umgeht und wie es dieses Mentoring gut aufsetzt. Da wird es übrigens auch nicht nur eine Antwort geben, wie man dieses Mentoringprogramm gestalten kann, sondern das hängt natürlich auch von den Bedingungen vor Ort ab. Ich werde denen nicht eine Schablone für 800 Schulen aufs Auge drücken, wenn es um Begleitung, Unterstützung, Mentoring und Coaching geht, sondern ich vertraue dabei sehr auf unsere Schulleitungen, die wir haben.

Natürlich habe ich verstanden, gerade auch aus dem Blickwinkel der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, dass Sie sich wünschen, dass wir dafür Sorge tragen, dass die Qualifizierungslehrkräfte mit ihren Ressourcen dafür eingesetzt werden. Wenn ich den Blickkontakt nach hinten suche, kriege ich ein Nicken, dass wir dafür Sorge tragen werden. Wenn ich hier sage, dass wir die Unterrichtsentwürfe im Blick haben, kriege ich ein doppeltes und dreifaches Nicken, weil ich nämlich selbst aus der eigenen Erfahrung gesagt habe, dass mich das –

und mein Referendariat liegt schon ewig zurück – am meisten genervt hat, wenn ich 30 Seiten abgeben musste, der Kollege aber nur fünf davon quergelesen hat, und den Rest hat man geknickt und abgeheftet. Natürlich möchte ich, dass Sie vor Ort erfahren, wie guter Unterricht gestaltet werden kann, wie Sie auch mit der heterogenen Schülerschaft in Berlin umgehen können. Dafür müssen Sie ausgebildet werden.

Ich bin auch dankbar, dass man anerkennt, dass Lehrjahre keine Herrenjahre sind, aber sie sind auch keine Knechtjahre. Das möchte ich hier einmal deutlich sagen. Genau diese Ambivalenz gilt es, wieder zu finden: Wie kann ich gut begleitet werden? Wie kann ich gut ausgebildet werden? Wie können die Rahmenbedingungen sein? – Deswegen sage ich: Ja, es startet, wir qualifizieren die Mentoren. Ich sage Ihnen zu, dass wir dafür Sorge tragen, dass die Qualifizierungslehrkräfte genau dafür eingesetzt werden. Wir werden uns auch noch mal anschauen, dass diese zwei Stunden wirklich für Hospitationen zur Verfügung stehen. Wir haben das Thema Unterrichtsbesuche und auch Unterrichtsentwürfe im Blick, dass sie zum einen standardisiert werden, aber eben nicht mit 30 Seiten standardisiert werden, sondern so, dass sie leistbar sind. Auch das kann ich Ihnen zusagen. Das ist das, wo wir jetzt rangehen und wo wir Verbindlichkeiten und Standards schaffen, damit die jungen Kolleginnen und Kollegen motiviert an ihren Ausbildungsplatz kommen, auch wenn es vielleicht nicht immer die Wunschschule war, sie aber vielleicht trotzdem zu einer Wunscheinsatzschule werden kann. Das ist das, was ich mir auf die Fahne geschrieben habe, und auch alle Kollegen, die heute anwesend sind und in den letzten Jahren sehr intensiv daran mitgearbeitet haben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So, dann schlage ich nun – Herr Krüger, die Rednerliste war geschlossen. Wir haben ja das Wortprotokoll. Wir vertagen das. Wir müssen irgendwie auch weiterkommen, ansonsten können wir TOP 4 hinterher nicht mehr aufrufen, nicht mehr behandeln. Das wäre dann die Alternative. – Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): Es geht darum, dass ganz konkret Fragen nicht beantwortet wurden, zum Beispiel die der Kollegin Schedlich zur iMINT-Akademie und zum ZeS, dem Zentrum für Sprachbildung. Das wurde einfach nicht beantwortet. Ich finde, es ist schon die Erwartung, wenn wir als Abgeordnete Fragen stellen, dass man auf diese Fragen auch antworten kann.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich weiß gar nicht, warum wir heute über die Organisationsverfügung des BLiQ so intensiv diskutieren, Herr Krüger, und warum Sie da so ungehalten sind. Über das Landesinstitut haben wir vor Monaten debattiert. Darin steht, dass das ZeS und die iMINT-Akademie mit in das Landesinstitut übergegangen sind und auch in diesen Strukturen aufgehen. Genau das macht die Kollegin mit ihrem Team und ihrer mittleren Führungsebene seit Monaten, dass das in diese neuen Strukturen der Fort- und Weiterbildung übergeht. Das hat jetzt aber nicht ausschließlich oder originär etwas mit der Referendarausbildung zu tun. Ich dachte, dass das unser Tagesordnungspunkt war, die Neuausrichtung der Referendarausbildung, und nicht, wie die einzelnen Institutionen im BLiQ arbeiten.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Schedlich!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin! Der Tagesordnungspunkt 3 enthält auch – auch in dieser Anhörung – unseren Besprechungspunkt. Dieser heißt „Ausbildung statt Ausbeutung: Wie gelingt die Reform der Lehramtsausbildung ohne Qualitätsverlust und wie steht es um das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung (BLiQ)?“ Darauf Bezug nehmend haben wir auch allgemein zum BLiQ Fragen gestellt. Wenn jetzt keine Zeit mehr ist oder Sie die jetzt nicht beantworten können, nehmen wir die Antworten ansonsten auch schriftlich.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann ist eine schriftliche Zusage gerade durch die Senatorin mitgeteilt worden. – Gut, dann schlage ich vor, dass wir die Punkte 3 a, 3 b und 3 c der Tagesordnung vertagen, bis das entsprechende Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Da sehe ich nun keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. – Die Besprechung zu den Punkten 3 d und 3 e schließen wir damit ab.

Wir danken den Anzuhörenden ganz herzlich für Ihre Teilnahme an unserer heutigen Sitzung, dass Sie uns so umfangreich zur Verfügung gestanden haben und unsere Fragen beantwortet haben. – Vielen herzlichen Dank! Sie dürfen gern hierbleiben, aber Sie dürfen natürlich auch weiter Ihres Weges gehen. Vielen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Übergang ans Gymnasium – Durchführung und
Ergebnisse des Probeunterrichts**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0405](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.